

JOURNALISTEN-READER

INKLUSION: GANZ NORMAL, ODER WAS?

Das Thema Behinderung in der Lokalberichterstattung



Redaktionskonferenz
23. bis 25. November 2015
in Warendorf

INHALT

Impressum	4
Nicht von sich auf andere schließen	5
Gesellschaft muss Möglichkeiten für ein gelingendes Leben schaffen Prof. Dr. Dominik Groß , RWTH Aachen	
Zwischen Fluch und Segen	7
Julia Probst, Martin Tschepe und die schwierige Frage nach dem richtigen Weg Julia Probst , gehörlose Inklusionsaktivistin; Martin Tschepe , Stuttgarter Zeitung	
Nicht Gleichheit, sondern Gerechtigkeit	10
Mehr Selbstbestimmung und Teilhabe – auch für Menschen mit geistiger Behinderung Monika Scheele Knight , Patientenvertreterin im Gemeinsamen Bundesausschuss	
Inklusion: Menschenrecht oder Imagefaktor?	12
Über moralische Keulen, neue Lernkulturen und das Problem der Umsetzung Prof. Dr. Clemens Knobloch , Sprachwissenschaftler; Norbert Zeller , SPD-Politiker	
Keine Chance den Fettnäpfchen	15
Sprache birgt viele Fallstricke – „Leidmedien“ als Freund und Helfer Andi Weiland , Sozialhelden e.V., Berlin	
Mit langem Atem über Hürden	17
Mangelnde Akzeptanz, skeptische Eltern und träge Politik bilden Hindernisse Andreas Henke , Vorstand Bundesvereinigung Lebenshilfe	
Von wegen Berührungsangst	19
Miteinander auf Augenhöhe schafft Toleranz und Verständnis Sascha Decker , Pressesprecher der Aktion Mensch	
Journalismus ohne Gefälle	21
Nicht auf die Behinderung abheben, sondern Menschen in Mittelpunkt stellen Sascha Lübbe , Redaktion Drehscheibe, Berlin	
ARBEITSGRUPPEN	
Barrieren vor der Haustür	23
Der Stadtcheck: Umfassender Blick auf mögliche Hürden des Alltags Arbeitsgruppe 1	
Barrieren in der Sprache	25
Begriffe mit Bedacht wählen und dabei Kontext und Lesbarkeit berücksichtigen Arbeitsgruppe 2	
Barrieren in den Köpfen	28
Gegen Ängste und Vorurteile helfen Informationen und Einfühlungsvermögen Arbeitsgruppe 3	

ANHANG30

- **Text Monika Scheele Knight**
- **Thesen Prof. Dr. Clemens Knobloch**
- **Vortrag Andreas Henke**
- **Seminarprogramm**
- **Liste der Teilnehmenden**

IMPRESSUM

Veranstalter

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Fachbereich Multimedia
Lokaljournalistenprogramm
Berthold L. Flöper
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Telefon: 0228 99515-558
E-Mail: floeper@bpb.de
bpb.de/lokaljournalistenprogramm
drehscheibe.org

Tagungsorganisation

Alexandra Richrath
FBE – Multimedia/Journalistenprogramm
Telefon: 0228 99515-547
Telefax: 0228 99515-498
E-Mail: alexandra.richrath@bpb.bund.de

Betreuung vor Ort

Gabriele Bommel
FBE – Multimedia/Journalistenprogramm
Telefon: 0228 99515-552
Fax: 0228 99515-405
E-Mail: bommel@bpb.de

Seminarleitung

Christina Knorz
Nordbayerischer Kurier, Bayreuth
E-Mail: christina.knorz@kurier.tmt.de

Arbeitsgruppenleitung

Lutz Bernhardt
Grenz-Echo, Eupen/Belgien
E-Mail: lutz.bernhardt@grenzecho.be

Ralf Schäfer
Schwäbische Zeitung, Friedrichshafen
E-Mail: r.schaefer@schwaebische.de

Peter Taubald
Madsack Heimatzeitungen, Hannover
E-Mail: taubald@madsack.de

Journalisten-Reader

Volker Dick
der textkomplize
51643 Gummersbach
Telefon: 02261 6070450
Telefax: 02261 6096114
E-Mail: volker.dick@buchstabensuppe.net

Titelfoto

Ralf Schäfer

Fotos

Volker Dick, Sabrina Gaisbauer

Tagungsstätte

Landvolkshochschule Freckenhorst
Am Hagen 1
48231 Warendorf
Telefon: 02581 94580
Telefax: 02581 9458-238
E-Mail: lvhs-freckenhorst@bistum-muenster.de

REFERAT

Prof. Dr. Dominik Groß: Medizinethik benötigt Perspektivwechsel

Nicht von sich auf andere schließen

Gesellschaft muss Möglichkeiten für ein gelingendes Leben schaffen

„Erlebt sich ein Mensch durch seine Behinderung als beeinträchtigt oder nicht?“ So lautet für Prof. Dr. Dominik Groß die Kernfrage im Hinblick darauf, wie ein Betroffener von Medien und Medizin wahrgenommen werden sollte. Aus der Perspektive des Medizinethikers geht er auf die wissenschaftliche Diskussion rund um Inklusion und Behinderung ein, klärt grundsätzliche Begriffe und zieht Schlüsse – etwa den, dass niemand einem Betroffenen dessen Lebensqualität absprechen kann.



Auch wenn ein Leben mit Behinderung mit Leid einhergehen mag, blicken etwa von Geburt an behinderte Menschen oft positiver in die Zukunft als Kranke: weil für sie ein Leben mit Behinderung alltägliche Normalität bedeutet, so Dominik Groß. Er sieht vor allem ein gesellschaftliches Problem: „Je mehr eine Gesellschaft auf die Vorstellung eines leidensfreien Lebensglücks fixiert ist, desto ungünstiger sind die sozialen Rollen, die für Menschen mit Behinderung verbleiben.“

Seiner Ansicht nach sollte das Behindertsein als natürlicher Bestandteil des Menschseins akzeptiert werden, was Engagement für Inklusion nicht ausschließt, sondern fordert. „Eine an Menschenrechten

orientierte Gesellschaft muss gerade den Menschen Möglichkeiten für ein gelingendes Leben schaffen und erhalten, die in ihren natürlichen Fähigkeiten eingeschränkt sind“, formuliert der Medizinethiker, „hierzu kann und muss auch die Medizin ihren Beitrag leisten.“

Doch längst nicht alles, was die Medizin als Fortschritt und Segen feiert, stößt bei Betroffenen auf ungeteilte Begeisterung. Im Gegenteil: Manches wird sogar als „behindertenfeindlich“ wahrgenommen. Groß nennt das Beispiel des Cochlear-Implantats, das unter Gehörlosen auch als gegen sie gerichtet verstanden wird, weil die Medizin damit „Sei und werde anders!“ signalisiert. „Medizinisches Bestreben nach Vermeidung von Behinderung und behinderungsbedingtem Leiden kann von Betroffenen als Ablehnung wahrgenommen werden“, fasst der 51-Jährige zusammen.

Ein Gegenmodell zur medizinischen Betrachtung von Behinderung entwerfen die an sozialen Gesichtspunkten orientierten „Disability Studies“, nach denen Behinderung primär durch gesellschaftliche Barrieren hervorgerufen wird. „Behinderte Menschen sind danach in erster Linie Angehörige einer unterdrückten Minderheit“, so Dominik Groß. Die Disability Studies haben somit das Grundgerüst zur Inklusion geliefert, ein Recht, das seit 2008 in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben ist.

Darin werden Menschen mit Behinderung nicht als Kranke, sondern als gleichberechtigte Menschen betrachtet, laut Groß „das Ideal der Inklusion“. Demgegenüber nennt er „fragwürdige Konzeptionen“ der Medizinethik, etwa ein Konzept, das behinderten Neugeborenen nur begrenztes Lebensrecht einräumt. Als umstritten beschreibt der Wissenschaftler auch die „Bioethik“ als universitäre Disziplin, die mit dem Vorwurf konfrontiert wird, sie liefere lediglich ethische Argumente für längst beschlossene medizinische Entwicklungen. „Und unter den Professoren gibt es kaum einen, der selbst behindert ist“, fügt der Referent hinzu – sodass vor allem nichtbehinderte Menschen mit ihrer Sichtweise die ethische Diskussion bestimmen.

„Ethik-Konzeptionen werden der Lebenserfahrung von Menschen mit Behinderung kaum gerecht“, hält Dominik Groß fest und greift Forderungen nach einem Perspektivwechsel auf. Der sieht vor, stärker Betroffene an der ethischen Urteilsbildung zu beteiligen und Konzepte zu entwickeln, die die Verletzlichkeit des Menschen und seinen Charakter als soziales Wesen berücksichtigen.

Für die Berichterstattung der Medien wünscht er sich, dass die Begriffe unterscheidbar bleiben und beispielsweise nicht Ethik mit Moral gleichgesetzt wird. „Als Wissenschaftler interessiert mich mehr das Grundsätzliche“, sagt er und gibt die Anregung, eine Serie über die zentralen Begriffe rund um Inklusion zu veröffentlichen. Auch eine Reihe dazu, wie behinderte Menschen selbst in der Öffentlichkeit bezeichnet wer-

den möchten, kann er sich als hilfreich vorstellen. Vor allem findet er es wichtig – für Journalisten wie Mediziner –, sich in Betroffene hineinzusetzen und die Perspektive zu wechseln: „Man darf nicht von sich auf andere schließen.“

Kontakt

Tel.: 0241 80-88096

E-Mail: dgross@ukaachen.de

Web: ukaachen.de

ZUR PERSON **Dominik Groß**

Geboren 1964 in St. Wendel/Saar. Nach dem Abitur absolviert Groß drei Studiengänge und promoviert jeweils anschließend: Geschichte, Philosophie und Klassische Archäologie (Saarbrücken); Zahnheilkunde (Homburg/Saar); Humanmedizin (Ulm). Beginn der medizinischen Laufbahn 1990 am Universitätsklinikum Ulm, dort ab 1992 kommissarischer Leiter des Sektionsbereichs Kinder- und Behindertenzahnheilkunde. 1998 Habilitation im Fach „Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin“ an der Universität Würzburg. Seit 2005 Lehrstuhl für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der Medizinischen Fakultät der RWTH Aachen; 2006 Verleihung eines zweiten Sitzes als Professor an der Philosophischen Fakultät der RWTH Aachen. Seit 2007 Vorsitzender des „Klinischen Ethik-Komitees“ der Aachener Uniklinik. Zahlreiche Gastdozenturen und Fachveröffentlichungen.

DISKUSSION

Ist Inklusion eine Illusion oder Notwendigkeit ohne Alternative?

Zwischen Fluch und Segen

Julia Probst, Martin Tschepe und die schwierige Frage nach dem richtigen Weg

Sie gilt als Inklusionsaktivistin, er als Inklusions skeptiker: Bei der von Lutz Bernhardt moderierten Podiumsdiskussion treffen Julia Probst und Martin Tschepe aufeinander. Die gehörlose Frau nutzt jede Gelegenheit, um für ihre Ansichten zu kämpfen und schreckt dabei auch nicht vor prominenten Politikern zurück. Der Redakteur der Stuttgarter Zeitung war mit einem Artikel aufgefallen, der die Überschrift „Inklusion ist Illusion“ trug. Beide eint ihr Kampfgeist und der Wille, Position zu beziehen.

Beim Tag der offenen Tür im Berliner Bundeskanzleramt hatte sich Julia Probst ziemlich geärgert: Da redete Angela Merkel, aber Gehörlose konnten so gut wie nichts verstehen, da Gebärdensprachdolmetscher fehlten. Die Bloggerin nutzte die Gelegenheit und beschwerte sich darüber bei Merkel direkt – mit dem Ergebnis, dass ihr die Kanzlerin Besserung versprach und das Versprechen auch hielt. Das Selfie mit Merkel gab's als nette Geste obendrauf.

Die Aktion kann als typisch für Julia Probst gelten: „Man muss vor Ort sein, man muss sich zeigen und darf sich nicht unterdrücken lassen“, sagt sie gleich zum Auftakt



der Podiumsdiskussion kämpferisch. Ihre in Gebärdensprache vorgebrachten Argumente übersetzen zwei Dolmetscherinnen simultan.

Auch Bundespräsident Joachim Gauck hat Julia Probsts Engagement bereits zu spüren bekommen: Beim Kirchentag 2013 in Hamburg begegneten sich die beiden und sie kritisierte ihn wegen Äußerungen, nach denen behinderte Menschen „kein perfektes Leben“ führten. „Er hat auf die Vorwürfe hin aber nur drumherum geredet und ist dann gegangen“, berichtet die Aktivistin.

Viel positiven Zuspruch hat dagegen Martin Tschepe erhalten, nachdem der oben zitierte Artikel veröffentlicht worden war. Darin ging es um eine schwerstbehinderte, fast 70-jährige Frau, deren gesetzlicher Vertreter Tschepe seit mehr als 15 Jahren ist. Sie lebt in einem großen Behindertenwohnheim im Remstal. „Das ist für diese Frau ein Segen“, sagt der Redakteur der Stuttgarter

Zeitung, „es gibt halt Menschen, bei denen Inklusion tatsächlich eine Illusion ist, weil sie schlichtweg nicht funktioniert oder es die Betroffenen auch gar nicht wollen.“ Nach den Worten Tschepes bedeutet ein großes Behindertenwohnheim für viele Menschen die richtige Wohnform; die Tatsache, dass solche Häuser eingezäunt sind, gibt ihnen die Freiheit, sich wenigstens dort auf dem Gelände frei bewegen zu können, „sonst würden sie verloren gehen“.

Martin Tschepe sieht die angestrebte Bevorzugung von Außenwohngruppen mit großen Bedenken: „Ich habe die Befürchtung, dass Menschen wie diese Frau dort vereinsamen,

sie bräuchten einen persönlich abgestellten Betreuer, aber das ist ja bei dem allgemeinen Sparzwang illusorisch.“ Kritik übt er am gegenwärtigen Meinungs-Mainstream. „Journalisten sollen nicht nur dem Trend folgen und sagen: Inklusion ist in jedem Fall gut, sondern Journalisten müssen auch links und rechts gucken.“

Dass es für manche Menschen mit Behinderung einen geschützten Raum geben muss, räumt auch Julia Probst ein. „Ich denke aber positiv und gehe davon aus, dass es Möglichkeiten gibt, die Probleme zu lösen.“ Nur wenn die alten Strukturen beseitigt, große Heime aufgelöst werden, kann man ihrer Ansicht nach die Menschen zusammenbringen, integrieren und inkludieren. Vor allem aber: „Man darf den Menschen nicht die Selbstbestimmung entziehen.“

Im Alltag stößt Julia Probst immer wieder auf praktische Probleme, etwa bei der Anreise zum Seminarort Freckenhorst. Am Bahnhof gab es zwar die Möglichkeit, ein

Sammeltaxi anzufordern, aber nur per Telefon – für die Gehörlose unmöglich. „Warum geht sowas nicht auch per SMS oder E-Mail?“, fragt sie. Ärger bereiten ihr auch die Untertitel für Gehörlose in ARD und ZDF. Seit 2013 müssen Gehörlose eine reduzierte Rundfunkgebühr zahlen. Zwar sind mittlerweile fast alle Sendungen mit Untertiteln ver-

sehen. „Aber die Qualität ist derartig schlecht, dass ich doch wieder gezwungen bin, von den Lippen zu lesen“, so die Bloggerin.

Ihrer Erfahrung nach haben viele Menschen ohne Behinderung keinen Kontakt zu behinderten Menschen. Das führt zu Unsicherheit im Umgang miteinander. Sie

selbst erlebt es immer wieder: „Ich werde oft behandelt wie ein kleines Kind, bekomme nur ganz einfache Fragen gestellt. Dann sage ich: Wissen Sie eigentlich, wie alt ich bin? Sie können mit mir wie mit einer Erwachsenen reden.“ Auch wehrt sich die 34-Jährige gegen die Bezeichnung „taubstumm“. „Ich kann nicht hören, aber das heißt ja nicht, dass ich nicht trotzdem sprechen kann“, betont sie.

Keine Hilfe in Sachen Inklusion erwartet Julia Probst von der Aktion Mensch. „Die nutzt die Situation von Menschen mit Behinderung aus“, sagt sie, „wenn jeder alles für Inklusion tun würde, bräuchte man die Aktion Mensch nicht mehr. Deswegen steht die bei diesem Thema auf der Bremse, denn sie will sich ja nicht selbst überflüssig machen.“

Was sie tun würde, wenn sie 100 Tage lang Bundeskanzlerin sein könnte? „Wir brauchen auf jeden Fall das Antidiskriminierungsgesetz! Freiwillige Verpflichtungen reichen nicht aus, und wer die vielen vorhande-



Julia Probst (M.) mit den Gebärdensprachdolmetscherinnen Marie Gäbler (l.) und Charlotte Wellemeyer

nen Gesetze nicht einhält, soll dafür auch spürbar bestraft werden“, zählt sie einige Punkte auf. Außerdem wünscht sie sich, dass auch einzelne Personen klagen können, beispielsweise wenn bei einer Veranstaltung ein Gebärdensprachdolmetscher fehlt: „In den USA geht das, bei uns gibt es nur ein Verbandsklagerecht.“

Und was setzte ein Bundes-Chefredakteur Martin Tschepe auf die Agenda? „Ich würde Journalisten in Heime schicken, wo Menschen leben, die meiner Meinung nach genau dort am besten untergebracht sind und ihnen zurufen: Guckt mal genau hin!“ Einen solchen genauen Blick würde er auch in Wohngruppen werfen lassen, zu denen man normalerweise keinen Zutritt bekommt. Begleitend möchte er den Kolleginnen und Kollegen einen Satz mitgeben: „Es gibt nicht nur Schwarz oder Weiß, es gibt auch viele Grautöne. Und vielleicht sollte es auch ein Recht auf Exklusion geben.“

TV-Tipp: Im Januar 2016 läuft die Tatort-Folge „Totenstille“ rund um einen gehörlosen Schreiner; Julia Probst hat die Produktion des Saarländischen Rundfunks als Fachberaterin begleitet.



Martin Tschepe von der Stuttgarter Zeitung

Kontakt Julia Probst

E-Mail: julesblogspot@googlemail.com
Web: meinaugenschmaus.blogspot.de

Kontakt Martin Tschepe

Tel.: 07151 9580823
E-Mail: m.tschepe@stz.zgs.de
Web: stuttgarter-zeitung.de

ZUR PERSON
Julia Probst

1981 geboren; von Geburt an gehörlos. Leidenschaftliche Bloggerin im Kampf um Barrierefreiheit, 2011 Nominierung auf Vorschlagsliste zum Grimme Online Award. Im Web bekannt geworden für den Ableseeservice während der Fußball-WM 2010, EM 2012 und WM 2014, bei der sie Aussprüche von Spielern, Trainern und Schiedsrichtern twitterte. Beraterin für eine Folge von „Tatort“ aus Saarbrücken, die im Januar 2016 gesendet werden soll.

ZUR PERSON
Martin Tschepe

1965 in Berlin geboren. Studium der Sozialpädagogik von 1986 bis 1989 an der Dualen Hochschule Stuttgart und in Jerusalem, danach Studium der Kommunikationswissenschaften an der Uni Stuttgart-Hohenheim. Pädagogischer Mitarbeiter der Diakonie Stetten 1990 bis 93. 1994 bis 1996 Redakteur Backnanger Kreiszeitung; seit 1997 Redakteur Stuttgarter Zeitung. 1996 Adenauer-Journalisten-Preis für Serie über Selbsthilfegruppen.

REFERAT

Monika Scheele Knight: Erzählen und um Verständnis werben

Nicht Gleichheit, sondern Gerechtigkeit

Mehr Selbstbestimmung und Teilhabe – auch für Menschen mit geistiger Behinderung

Kleine Verbesserungen umsetzen, zum Verständnis beitragen und den Mut nicht verlieren, wenn die Bundespolitik großen Ankündigungen keine Taten folgen lässt: Als Patientenvertreterin im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) kennt Monika Scheele Knight die Mühen der Ebene. Dennoch wird sie nicht müde, sich für Inklusion einzusetzen, um das Beste zu erreichen – auch, um ihrem schwerstmehrfach behinderten Sohn ein gutes Leben zu ermöglichen.



John ist 15 Jahre alt. Ein frühkindlicher Autismus, eine Epilepsie, eine mittelschwere Intelligenzminderung und eine Stoffwechselstörung lassen seinen Alltag anders aussehen als den anderer Pubertierender. „Für uns kommt Inklusion im Bereich Schule nicht infrage, da John schon in der Förderschule überfordert ist“, stellt Monika Scheele Knight klar.

Ihr ist wichtig, dass Eltern die Wahlmöglichkeit behalten, wo und wie sie ihr Kind fördern lassen möchten. „Wenn die schulische Inklusion zu einer Ideologie wird und daraufhin Sonderschulen aufgelöst werden, besteht die Gefahr, dass manche Kinder gar nicht mehr beschult werden“, gibt sie zu

bedenken. Insgesamt hält sie das Thema Inklusion aber für sehr wichtig: „Das ist etwas Grundlegendes, was über die Schulfrage weit hinaus reicht.“

„In der Inklusionsdebatte geht es nicht um Gleichheit, sondern um Gerechtigkeit“, beschreibt Monika Scheele Knight ihre Haltung. Mit diesem Anspruch engagiert sie sich seit 2008 ehrenamtlich im Gemeinsamen Bundesausschuss, dem obersten Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung von Ärzten, Krankenhäusern und Krankenkassen in Deutschland. Als Patientenvertreterin gehört sie zwei Unterausschüssen an, dem für Qualitätssicherung und für Methodenbewertung. In Arbeitsgruppen wirkt sie mit an der Qualität der Versorgung in der Psychiatrie: „Mir geht es um die Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung in der Psychiatrischen Behandlung.“ Das Beispiel ihres Sohns John

vor Augen, sieht sie die vielen Defizite in der Psychiatrie, „die gar nicht auf das eingerichtet ist, was mein Sohn brauchen würde“. Monika Scheele Knight richtet den Blick auf die Einführung von Qualitätssicherungsverfahren und die Personalausstattung in den Kliniken.

Im Feld Methodenbewertung führt sie die Verhandlungen rund ums Thema U-Untersuchungen von Kindern. Das bei Eltern bekannte gelbe Heft enthält sensible Daten zur Entwicklung eines Kindes. „Bei einem behinderten Kind haben Sie überhaupt keinen Datenschutz mehr“, kritisiert die hauptberufliche Öffentlichkeitsarbeiterin. Vielfach machen Einrichtungen wie Kindergärten die Aufnahme eines Kindes von der Vorlage des gelben Hefts abhängig. Die Lösung: Künftig soll es eine heraustrennbare Karte geben, auf der die U-Untersuchungen nachgewiesen sind, ohne Details zu verraten. „Dafür haben wir drei Jahre gearbeitet“, gibt Monika Scheele Knight Einblick in ein mühsames Geschäft, „aber das hilft allen Eltern, auch denen mit nichtbehinderten Kindern.“

Dieser Aspekt gehört zu den wichtigen ihrer Arbeit: Lösungen zu entwickeln, die vielen zugute kommen. Diese Maxime verfolgt sie ebenfalls beim Thema leichte Sprache. „Es gibt geistig Behinderte, die einfache Informationen verstehen können“, sagt sie. Leichte Sprache zieht beispielsweise den Dativ dem Genitiv vor, da es so verständlicher klingt. Als Anwendungsbeispiel nennt die Referentin ein Info-Blatt für Krankenhäuser, in denen diese darüber aufklären, welche Daten sie sammeln. „Solche Flyer sind vielfach nützlich, auch für Ältere oder Menschen mit Migrationshintergrund.“

Leichte Sprache nutzt sie ebenfalls in ihrer PR-Arbeit für den Deutschen Bundestag, etwa in speziellen Broschüren, bei Reichstagsführungen und bei Wanderausstellungen, wo auch Unterricht für Förderschulen angeboten wird.

„Es gibt wahnsinnig viele Hürden, über die man nie nachdenkt, wenn man nicht selbst damit umgehen muss“, so Monika Scheele Knight. Die Konsequenz daraus lautet für

sie, dass Betroffene möglichst oft in der Öffentlichkeit von ihren Erfahrungen berichten: „Vieles erklärt sich nicht von allein, wir müssen uns mitteilen und von unseren Sorgen, Problemen und Freuden erzählen.“

Immer wieder sind auch Rückschläge zu verkraften, wie beim Thema Bundesteilhabegesetz, das behinderten Menschen mehr Selbstbestimmung ermöglichen soll und momentan im Entwurfsstadium steckt. „Ursprünglich sollten die Kommunen vom Bund fünf Milliarden Euro zur Umsetzung dieses Gesetzes erhalten, doch im März 2015 ist die Mittelbindung aufgehoben worden“, beklagt Monika Scheele Knight, die es nun für unrealistisch hält, dass die Mittel für ihren ursprünglichen Zweck eingesetzt werden. „Wir sehen derzeit, wie das große Ganze Stück für Stück den Bach runtergeht. Das bedeutet, dass wir uns weiterhin darauf konzentrieren müssen, immer wieder kleine Dinge umzusetzen und uns so zu motivieren.“

Kontakt

Tel.: 0176 67073431

E-Mail: monika.scheele.knight@gmail.com

Web: gedankentraeger.de

ZUR PERSON

Monika Scheele Knight

Geboren 1972 in Oldenburg. Studium der Literaturwissenschaft, Nordamerikastudien und Theaterwissenschaft in Mainz und Berlin. Freie Mitarbeit bei Nordwest-Zeitung, Oldenburg, und NDR-Radio, Studio Oldenburg. Nach dem Studium Umzug nach Chicago, dort u. a. fürs Goethe-Institut tätig. Seit 2006 freie Übersetzerin, Referentin und Programmkoordinatorin. Öffentlichkeitsarbeiterin für den Deutschen Bundestag.

DISKUSSION

„Bessere Förderung ermöglichen“ – „Politischer Konflikt auf Kosten der Kinder“
Inklusion: Menschenrecht oder Imagefaktor?
Über moralische Keulen, neue Lernkulturen und das Problem der Umsetzung

Viele verbinden mit dem Begriff Inklusion vor allem eins – die gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung in Regelschulen. Aber kann das überhaupt funktionieren? Ja! sagt der Politiker, während der Wissenschaftler mit Misstrauen reagiert: Prof. Dr. Clemens Knobloch spricht von einer „Mogelpackung“, während der frühere baden-württembergische SPD-Landespolitiker Norbert Zeller das Ziel der schulischen Inklusion für erstrebenswert und realisierbar hält.

Der ehemalige Schulausschussvorsitzende des Landtags und studierte Sonderpädagoge sieht Inklusion nicht als Hirngespinnst von Politikern, sondern als konkrete Aufgabe: „Wie gelingt es, ein Schulsystem zu schaffen, das in der Lage ist, Unterschiedlichkeiten zuzulassen?“, fragt er. Eine der Antworten: mit Hilfe gut ausgebildeter Lehrkräfte.

„Im idealen Fall gibt es je Klasse ein Team-Teaching von Lehrer und Sonderschullehrer, die gemeinsam die Verantwortung tragen“, lautet einer seiner Ansätze, „es muss gelingen, eine andere Form des Lernens umzusetzen, mit unterschiedlichen Lernniveaus innerhalb einer Klasse.“ In dieser neuen Lernkultur wäre jeder Schüler sein



eigener Maßstab, „im Vergleich mit anderen wäre er immer der Loser“. Zeller nennt das Beispiel Weitsprung: Während der eine froh ist, sich von 3,50 Meter auf eine Weite von 3,60 Meter verbessern zu können, springen andere locker über fünf Meter. „Wir müssen ausgehend von der Leistungsfähigkeit eines Kindes gucken, was es erreichen kann“, sagt er.

„Inklusion ist im Prinzip eine gute Idee“, findet auch der Sprachwissenschaftler Clemens Knobloch, „aber die Realität sträubt sich an allen Ecken und Enden dagegen.“ Er empfindet die aktuellen Zielvorgaben der Politik als ein „Programm zur Förderung von Privatschulen“ und weist auf eine „status- und bildungsnahe Mittelschicht“ hin, „die das öffentliche System scharenweise verlassen wird, wenn zu den Nicht-Muttersprachlern in den Regelklassen noch zahlreiche Kinder mit speziellem Förderbedarf kommen“. Seiner Einschätzung nach wird

„das Stigma der öffentlichen Sonderschulen und Hauptschulen rasch auf diese Schulen übergehen“ – mit anderen Worten: Wer was auf sich hält, schickt sein Kind auf ein förderklassenfreies Gymnasium oder gleich eine Privatschule.



Der Sprachwissenschaftler Prof. Dr. Clemens Knobloch

„Ich betrachte Inklusion nicht als Sonderschul-Schließungsprogramm, sondern als Menschenrecht“, entgegnet der SPD-Politiker Norbert Zeller und verweist auf positive Beispiele: „Es gibt doch bereits die Schulen, wo das funktioniert. Lehrkräfte berichten begeistert, wie Schüler gegenseitig profitieren, wie sie aus einem gewissen Anregungsniveau Vorteile ziehen und unterschiedliche Leistungsmöglichkeiten akzeptiert werden.“ Klar sei aber auch, dass ein derart veränderter Unterricht nicht zum Nulltarif zu haben sei. „Ohne zusätzliche Ressourcen geht das nicht“, so Zeller, der davon spricht, dass in Baden-Württemberg bis 2022 rund 200 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt werden sollen – die auf dem Arbeitsmarkt derzeit allerdings nicht zur Verfügung stehen.

Eine funktionierende Inklusion würde einen radikalen Bruch im Schulsystem erfordern, zeigt sich Clemens Knobloch sicher; aber alle Bundesländer, zu denen er recherchiert habe, setzten bei der Rea-

lisierung schulischer Inklusion nur auf die Fortbildung der vorhandenen Lehrer. „Es ist im übertragenen Sinne ein wenig so, als wolle man die onkologische Facharztausbildung abschaffen, um Krebskranke nicht zu diskriminieren.“

Nicht alle Lehrkräfte sind bereit, eine inklusive Lernsituation zu schaffen, räumt Norbert Zeller Probleme ein. „Inklusion kann nur gelingen, wenn die Einstellung stimmt“, betont er, „wenn ein Lehrer nicht dazu bereit ist und die Ausbildung fehlt, kann man ihn nicht zwingen, mit behinderten Kindern umzugehen.“ Obwohl in der Kultusministerkonferenz laut Zeller alle Bundesländer zugestimmt haben, Lehrer auf inklusive Aufgaben vorzubereiten, kann man seiner Ansicht nach nicht warten, bis alle eine spezielle Ausbildung durchlaufen haben: „Das dauert dann zehn

Jahre, aber wir müssen schon jetzt Schritt für Schritt vorankommen.“

Clemens Knobloch vermutet hinter dem Postulat politisches Kalkül. „Eine moralische



Norbert Zeller, SPD-Bildungspolitiker aus Baden-Württemberg

Forderung wie die zur Inklusion bedeutet aus dem Munde eines Landespolitikers für mich etwas anderes als aus dem Mund eines behinderten Menschen: Der Behinderte vertritt seine Interessen, während der Politiker an seinem Image interessiert ist.“ Die Leidtragenden der politisch-moralischen

Offensive sind für Knobloch die Kinder: „Sie müssen diesen politischen Konflikt austragen und dessen Folgen über sich ergehen lassen. Das halte ich für einen weit größeren moralischen Skandal als die Existenz von Förderschulen.“ Er fürchtet, dass Inklusion auf Kosten derer geht, die dringend der professionellen Förderung in Sonderschulen bedürfen. Hoch moralische Forderungen wie die zur Inklusion dienten der Politik dazu, eine Fassade aufzubauen, hinter der ganz andere Ziele verfolgt werden könnten – etwa Einsparungen im Schulsystem zu erzielen.

Norbert Zeller bestätigt, dass die Kosten für Sonderschulen enorm sind und eine Parallelität der Systeme viel Geld verschlingt. Dabei sei jedoch zu beachten, dass es sich bei drei Viertel der Sonderschüler um Kinder mit Lernbehinderungen handele, die zudem oft aus sozial problematischen Familien stammten: „Kann es einem Bildungssystem nicht gelingen, diese Kinder auszubilden und zu fördern?“ Selbst wenn die Schullandschaft nicht so bestehen bleibt, wie sie sich derzeit darstellt, hält Norbert Zeller daran

fest: „Ich will, dass Wahlmöglichkeiten bestehen bleiben, in dem Wissen, dass möglicherweise nicht jede Sonderschule gehalten werden kann.“

Kontakt Prof. Dr. Clemens Knobloch

Tel.: 0271 740-4598

E-Mail: knobloch@germanistik.uni-siegen.de

Web: uni-siegen.de/phil/germanistik/

Kontakt Norbert Zeller

Tel.: 0177 8032250

E-Mail: norbert@zeller-home.com

Buchtipps zum Thema

Kirsten Ehrhardt: *Henri: Ein kleiner Junge verändert die Welt*, Heyne-Verlag 2015
(*die Geschichte eines Jungen mit Down-Syndrom, dem der Wechsel aufs Gymnasium verwehrt wird*)

ZUR PERSON

Clemens Knobloch

Geboren 1951 in Wiesbaden. Studium der Germanistik und der Kommunikationswissenschaft in Bonn und Essen; dort 1978/79 kommunikationswissenschaftliche Promotion. 1980 bis 1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität (GH) Siegen, dort 1986/87 Habilitation mit einer Arbeit über die Geschichte der deutschen Sprachpsychologie. Seit 1991 Professur am Fachbereich 3, Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaften der Universität Siegen.

ZUR PERSON

Norbert Zeller

Geboren 1950 in Friedrichshafen. Studium der Sonderpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen Weingarten und Reutlingen. Danach Sonderschullehrer in Friedrichshafen. 1988 Wahl in den baden-württembergischen Landtag (SPD); dort Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport. 2011 Ausscheiden aus dem Landtag. Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule, Schulmodelle, Inklusion beim Landesministerium für Kultus, Jugend und Sport bis 2015.

REFERAT

Andi Weiland: Darüber nachdenken, wie wir miteinander reden

Keine Chance den Fettnäpfchen

Sprache birgt viele Fallstricke – „Leidmedien“ als Freund und Helfer

Er kommt nicht als Sprachpolizist, sondern als wohlmeinender Ratgeber: Andi Weiland. Der Fotograf betreibt Öffentlichkeitsarbeit für den Berliner Verein Sozialhelden, der mit kreativen Ideen auf soziale Probleme aufmerksam macht. Ein Teil seiner Arbeit gilt der Aufgabe, für die Belange von Menschen mit Behinderungen zu sensibilisieren – was thematische Perspektiven als auch sprachliche Lösungsvorschläge angeht. In dem Sinne also doch Polizei: als Freund und Helfer.



„Wir haben uns bei den Sozialhelden die Frage gestellt, wie wir die Alltagsprobleme behinderter Menschen vermitteln können, ohne dabei anklagend oder lehrmeisterhaft zu wirken“, schildert Andi Weiland die Anfänge. Daraus entstand 2010 die Idee zu wheelmap.org, einer Online-Karte zum Suchen und Finden rollstuhlgerechter Orte weltweit. Jeder kann mitmachen und die Orte nach einem Ampelsystem markieren. „Mittlerweile sind dort rund 600.000 Orte verzeichnet, und täglich kommen etwa 300 dazu“, berichtet der Aktivist.

Gründer und Leitfigur der Sozialhelden ist Raúl Krauthausen, mittlerweile Talkmaster auf Sport 1, Träger des Bundesverdienst-

kreuzes am Bande und Autor des Buchs „Dachdecker wollte ich eh nicht werden“. Der Titel zeugt von Krauthausens Humor, denn auf einem Dach kann man sich den Rollstuhlfahrer nicht vorstellen, der mit der sogenannten Glasknochenkrankheit lebt. „Egal, wie die Medien über Raúl berichtet haben, immer wurde vor allem auf seine Krankheit abgehoben“, sagt Andi Weiland, „ständig kamen Sätze wie: Er leidet an seinem Schicksal, er arbeitet viel trotz seiner Behinderung.“

Dem wollten die Sozialhelden ein Angebot entgegensetzen, das Informationen für Medienvertreter bereithält und ihnen vor Augen führt, welche Vorstellungen Sprache weckt und wo die Fallstricke medialer Vermittlung liegen, wenn es um Menschen mit Behinderungen geht. So entstand 2012 die Website leidmedien.de, kurz vor den Paralympics in London. „Paralympics-Zeit ist immer auch

ein bisschen Fettnäpfchen-Zeit“, begründet der 30-Jährige den Zeitpunkt. „Wir haben eine Vermittlerrolle“, beschreibt er den Anspruch der Sozialhelden, „wir wollen mit den Projekten unsere Perspektive aufzeigen und erklären.“

Dazu gehört beispielsweise, auf gedankenlose Formulierungen hinzuweisen. Den häufig zu lesenden Satz „Er ist an den Rollstuhl gefesselt“ konterkarierten die Leidmedien mit einem Foto, das einen Rollstuhlfahrer zeigt, der tatsächlich an sein Gefährt gefesselt ist. „Für ihn bedeutet der Rollstuhl aber in Wirklichkeit das genaue Gegenteil, nämlich seine Freiheit“, erläutert Andi Weiland.

Die Leidmedien-Website bietet Journalisten Hintergrundwissen, liefert Sprachtipps und erläutert zentrale Begriffe. „Nehmen Sie nur mal diese ganzen übers Jahr verteilten Thementage wie neulich den Internationalen Toilettentag, die bieten sich häufig an, das Thema auch aus der Perspektive von Menschen mit Behinderungen zu beleuchten“, so der Aktivist. Zudem beklagt er, dass behinderte Menschen in den Medien oft entweder als Opfer oder als Held geschildert werden: „Dabei gibt es gar keinen Anlass etwa für Heldengeschichten: Für viele Menschen ist die Behinderung Teil ihres Lebens, den sie akzeptieren – ganz ohne Tapferkeit.“

Gegen Stereotypen in der Bildberichterstattung setzen die Sozialhelden das Angebot unter gesellschaftsbilder.de, eine Bilddatenbank, die Motive anbietet, wie sie der Lebenswirklichkeit der Betroffenen entsprechen und die Klischees vermeiden; den überdimensional inszenierten einzelnen Rollstuhl in einer ansonsten gewöhnlichen Schulklasse sucht man dort vergebens.

„Wir wollen weg vom Behindertsein, hin zum Behindertwerden“, beschreibt Andi Weiland die Zielrichtung. Ohne Inklusion bleiben seiner Ansicht nach Menschen auf der Strecke, werden in ihrer Entfaltung behindert. „Wenn wir es schaffen würden, uns gegenseitig hochzuziehen, dann könnten wir dabei viel gewinnen“, zeigt er sich überzeugt. Außerdem: „Mit der Inklusion

verabschieden wir uns ein Stück von der Leistungsgesellschaft und denken eher darüber nach, wie schaffen wir Zugänge, wie können wir Menschen fördern?“

Für ihn wäre schon viel gewonnen, wenn nicht jeder Artikel bereits im ersten Absatz auf eine Behinderung abhebt. „Schreiben wir jedesmal dazu, dass Schäuble im Rollstuhl sitzt?“, fragt er genauso wie „Warum sieht man in Straßenumfragen zu aktuellen Themen nie Menschen mit Behinderung, kann man die nur zu ihren eigenen Problemen befragen?“

Vieles führt Andi Weiland auf Berührungsängste zurück, auf mangelnde Kommunikation zwischen nichtbehinderten und behinderten Menschen: „Wenn jemand von sich selber sagt, dass er unter seiner Behinderung leidet, dann soll man das auch schreiben. Wenn jemand das aber verneint und der Journalist es trotzdem schreibt, dann hat der einen Fehler begangen.“

Kontakt

Tel.: 0176 21059720

E-Mail: post@andiweiland.de

Web: andiweiland.de

Linktipp: inklusionsfakten.de

(Website der Pädagogin Lisa Reimann, auf der sie sich mit Mythen und Fakten rund ums Thema Inklusion befasst)

ZUR PERSON **Andi Weiland**

Geboren 1985 in Berlin. Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaft in Münster. Seit 2011 Mitarbeit in der Öffentlichkeitsarbeit für Sozialhelden e.V. Tätigkeit als Veranstaltungsfotograf bei der Berliner Gazette. Mehrjähriges Engagement im Vorstand der Jugendpresse Deutschland e.V. sowie bei politikorange und jugendfotos.de. Freischaffender Fotograf.

REFERAT

Andreas Henke: Die Lebenshilfe steht für Inklusion

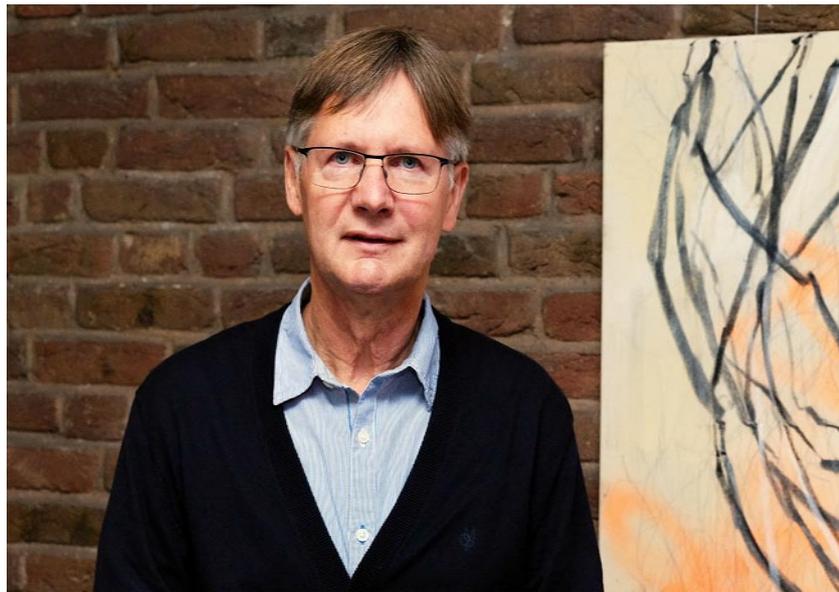
Mit langem Atem über Hürden

Mangelnde Akzeptanz, skeptische Eltern und träge Politik bilden Hindernisse

„Es führt kein Weg an der Inklusion vorbei“, sagt Andreas Henke, Mitglied im Bundesvorstand der Lebenshilfe. Trotzdem formuliert er vorsichtig, denn auch innerhalb der Selbsthilfevereinigungen für Menschen mit geistiger Behinderung sind die Auffassungen zur Inklusion unterschiedlich – sowohl bei Eltern wie bei Mitarbeitenden. Henke sieht aber vor allem die Chancen und möchte behutsam alle Betroffenen ins Boot holen: was nur gelingt, wenn zuvor Skepsis abgebaut werden kann.

Es sind gleich mehrere Hürden zu überspringen, um die Inklusion von Menschen mit geistiger Behinderung zu erreichen, skizziert der frühere Pressesprecher der Bertelsmann-Stiftung. So stimmen aus seiner Sicht die politischen Rahmenbedingungen nicht. Allem voran kritisiert er, dass nach wie vor das Bundesteilhaberecht nicht verwirklicht worden ist: „Das muss auf jeden Fall in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.“

Aktuelle Zahlen zur Umsetzung schulischer Inklusion von Kindern mit geistiger Behinderung zeichnen ein sehr unterschiedliches Bild von Bundesland zu Bundesland: Wurden 2013/14 in Baden-Württemberg



lediglich 1,6 Prozent in Regelschulen unterrichtet, waren es in Bremen fast 90 Prozent. „Da sieht man, was möglich ist, wenn die politischen Weichen richtig gestellt werden“, schließt Andreas Henke daraus.

Außer den rechtlichen Rahmenbedingungen fehlt es für ihn an Ressourcen, was Lehrpersonal und räumliche Ausstattung der Schulen angeht. „Außerdem müsste dafür gesorgt werden, dass mehr Menschen mit geistiger Behinderung eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bekommen“, fordert er, „die Vermittlungsquote auf den ersten Arbeitsmarkt liegt derzeit im Promille-Bereich.“

Eine weitere Hürde bildet die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz der Inklusion. Henke zitiert eine Studie des Instituts Allensbach aus dem Jahr 2014, die von der Bundesvereinigung Lebenshilfe in Auftrag

gegeben worden war. Demnach gibt es immer noch große Berührungängste in der Bevölkerung gegenüber Menschen mit geistiger Behinderung. 71 Prozent der Deutschen sind laut der Studie der Ansicht, dass betroffene Kinder an Förderschulen lernen sollten – eine Meinung, die von vielen Eltern behinderter Kinder geteilt wird: Nur 36 Prozent von ihnen sprechen sich für Inklusion aus. Eine Hürde, die für die Lebenshilfe besonders hoch ragt: „Wir sind ja eine Elternvereinigung mit differenziertem Meinungsspektrum; daher müssen wir unsere Positionen sehr genau abwägen, um niemanden zu verprellen“, gibt Andreas Henke zu bedenken.

Seiner Auskunft nach haben skeptische Eltern besonders Angst davor, dass ihre Kinder an einer Regelschule vereinsamen und isoliert werden, anders als im geschützten Raum einer Förderschule. Auch viele Mitarbeitende und Führungskräfte von Behinderteneinrichtungen betrachten Inklusion mit Sorge, so Henke: „Die rund 60.000 Beschäftigten der Lebenshilfe sind von der Qualität ihrer Arbeit überzeugt und haben jetzt Zukunftsängste im Hinblick darauf, was mit ihren Arbeitsplätzen im Rahmen von Inklusion passiert.“

Hoffnung auf eine schnelle Besserung der Rahmenbedingungen hegt der Vater einer Tochter mit geistiger Behinderung nicht. „Der Schlüssel ist, Inklusion von unten wachsen zu lassen, sodass es immer mehr Beispiele gibt, die zeigen, wie wunderbar das funktionieren kann, wenn die Kinder gemeinsam lernen“, sagt Andreas Henke. Im Hinblick auf die Beschäftigung von Menschen mit geistigen Behinderungen in der Arbeitswelt fordert er konkret einen dauerhaften Lohnkostenzuschlag, um Werkstattbeschäftigten eine Chance zu geben, sich auf dem ersten Arbeitsmarkt zu etablieren. Und in Behindertenwerkstätten sollten auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf einen Anspruch auf einen Arbeitsplatz besitzen; bislang müssen sie ein „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ erbringen.

Journalisten könnten aus der Perspektive des Öffentlichkeitsarbeiters Henke auf vielfältige Weise den Gedanken der Inklusion fördern, etwa indem sie über die vielen positiven Beispiele inklusiver Schulen berichteten. „Sie können über den Stand der Barrierefreiheit in Ihrer Kommune schreiben, Vereine vorstellen, die sich für Menschen mit Behinderung öffnen, ob Schützenfest, Karneval oder Fußball“, nennt er weitere Ansätze.

Für ihn gehört auch die lokale Betrachtung bundesweiter Umfragen und Studien zu den Aufgaben des Journalismus, verbunden mit der Frage, wo sich gesellschaftliche Debatten wie die über pränatale Diagnostik im Lokalen ausprägen. Um die verbreiteten Berührungängste zu mildern, sieht Andreas Henke vor allem eine Notwendigkeit: „Wir müssen mehr Möglichkeiten zur Begegnung schaffen!“

Kontakt

Tel.: 05241 40888

E-Mail: henke@lebenshilfe-gt.de

Web: lebenshilfe-gt.de

ZUR PERSON

Andreas Henke

1954 in Warstein geboren. Studium der Publizistik, Germanistik und Soziologie in Münster. Danach mehr als 25 Jahre Pressesprecher der Bertelsmann-Stiftung. Seit rund 20 Jahren bei der Lebenshilfe engagiert für Menschen mit geistiger Behinderung. Vorsitzender der Lebenshilfe, Kreisvereinigung Gütersloh; seit 2012 zudem Mitglied im Bundesvorstand der Lebenshilfe, zuständig für Kommunikation.

REFERAT

Sascha Decker: Thema Barrierefreiheit ist auch ein Innovationsthema

Von wegen Berührungangst

Miteinander auf Augenhöhe schafft Toleranz und Verständnis

Über finanzielle Förderung Inklusion ermöglichen: „Das ist derzeit das wichtigste Thema für die Aktion Mensch“, sagt deren Pressesprecher Sascha Decker. In verschiedenen Schwerpunkten will die Organisation helfen, Hürden zu überwinden, etwa Berührungängste abzubauen und Barrierefreiheit zu realisieren. Eins stellt Sascha Decker dabei klar: „Wir sind kein Behindertenverband und haben kein Mandat, für Menschen mit Behinderung zu sprechen.“



Stattdessen beschreibt er die Rolle der Aktion Mensch als Förderorganisation, die jährlich mit ihrer Soziallotterie 440 Millionen Euro einspielt und davon 36 Prozent für soziale Arbeit verwendet. 30 Prozent schüttet die Lotterie an ihre Gewinner aus, weitere fast 17 Prozent kassiert der Staat an Lotteriesteuer. „Damit sind wir eine sehr große relevante Organisation, die mit ihrer Förderung Projekte ermöglicht, wo anderen das Geld fehlt“, bilanziert der Pressesprecher.

Nach seiner Gründung vor 50 Jahren als „Aktion Sorgenkind“ finanzierte der Verein vor allem große Einrichtungen wie Wohnheime und Schulen für Menschen mit Behinderungen, investierte also in das, was heute als „Parallelsystem“ bezeichnet wird. Mit dem Namenswechsel 2000 zu „Aktion Mensch“ wandelte sich die inhaltliche Richtung – mit dem Schwerpunkt auf Inklusion

ab dem Jahr 2012. Seitdem steht jedes Jahr unter einem anderen Motto; 2015 ging es um das Thema „Begegnungen“.

„Das ist eine der größten Hürden bei der Inklusion“, berichtet Sascha Decker: „Es gibt zu viele Berührungängste zwischen Menschen mit und ohne Behinderung und zu viel Nichtwissen übereinander.“ 93 Prozent der Deutschen wollen in einer inklusiven Gesellschaft leben, zitiert er aktuelle Zahlen, „aber nur ein Drittel der Bevölkerung hat häufiger Kontakt zu Menschen mit Behinderungen“.

Was passiert, wenn Nichtbehinderte unvorbereitet auf Behinderte treffen, illustriert ein kurzer Film, den Decker zeigt: Es beginnt mit peinlich berührtem Schweigen sowie Unsicherheit und endet mit zunehmender Lockerheit. „Über 700.000 virtuelle und reale Begegnungen haben wir bisher in diesem Jahr ermöglichen können“, informiert er, „das schafft Verständnis wie Toleranz und führt so zu einem Miteinander auf Augenhöhe.“

Das soll es auch zunehmend in Betrieben des ersten Arbeitsmarkts geben. Im gerade veröffentlichten „Inklusionsbarometer“

der Aktion Mensch äußern sich 93 Prozent der Arbeitnehmer mit Behinderung positiv, fühlen sich im Kollegenkreis voll akzeptiert. Viele Arbeitgeber sagen, sie spürten keine Leistungsunterschiede. Dennoch waren 2015 mehr als 181.000 Menschen mit Schwerbehinderung arbeitslos, eine Quote, die mit 13,9 Prozent um das Doppelte über dem Schnitt liegt. „Das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre ist an Menschen mit Behinderung offenbar vorbeigegangen“, schließt Sascha Decker.

Um in diesem Bereich Besserung zu schaffen, unterstützt die Aktion Mensch sogenannte Integrationsbetriebe, wo mindestens 40 Prozent der Beschäftigten Menschen mit Behinderung sein müssen. 800 dieser Betriebe gibt es in Deutschland, die Hälfte von ihnen erhält finanzielle Förderung durch den Verein. 120 Millionen Euro sind dafür bislang geflossen. Auf diesem Weg konnten in den vergangenen 30 Jahren immerhin 11.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung geschaffen werden. „Dieses finanzielle Engagement bietet uns einen Hebel, um mehr Betroffene in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren“, erläutert der Pressesprecher.

Das Jahr 2016 rückt seitens der Aktion Mensch das Thema Barrierefreiheit nach vorn – „in allen Facetten, mit Kampagnen, Projekten und Aktionen“. Dabei geht es nicht nur um Barrieren im öffentlichen Raum. Die Aktion Mensch sieht laut Decker die Barrierefreiheit auch als Innovationsthema, beispielsweise in Hinblick auf digitale Hilfsmittel.

Als ein Beispiel nennt er die App „Greta und Starks“, die Blinden und Gehörlosen barrierefreien Kino-Besuch durch Audiodeskriptionen und Untertitelfunktion ermöglicht. „Viele Blinde gehen gern mit Freunden ins Kino, mussten bislang aber auf besondere Hörbeschreibungen verzichten“, so Sascha Decker, „wenn sie jetzt über ihr Smartphone die App einschalten, synchronisiert sich die mit dem Film und liefert den passenden Text zum Geschehen auf der Leinwand.“

Auch die App „Be my eyes“ hilft sehbe-

hinderten Menschen, indem sie weltweit Betroffene via Live-Video-Chat mit freiwilligen Helfern verbindet. Sollten Blinde beispielsweise einmal ihren Schlüssel verlegt haben, leiht ihnen der über das Live-Bild der Smartphonekamera verbundene Helfer seine Augen und unterstützt so bei der Suche – Innovationen, die von der Aktion Mensch gefördert werden.

Auf die Kritik der Gehörlosen-Aktivistin Julia Probst angesprochen, der Verein stehe beim Thema Inklusion auf der Bremse, um sich nicht selbst abzuschaffen, entgegnet Sascha Decker: „Wenn Inklusion tatsächlich gesellschaftliche Realität wäre und wir da nicht mehr gebraucht würden, dann fördern wir eben einen anderen Bereich, vielleicht im Bereich Kinder und Jugend.“

Kontakt

Tel.: 0228 2092-392

E-Mail: sascha.decker@aktion-mensch.de

Web: aktion-mensch.de

ZUR PERSON

Sascha Decker

1968 in Gummersbach geboren. Studium der Evangelischen Theologie in Bonn. Danach journalistisch tätig für das Lokalradio Bonn-Rhein-Sieg und von 1995 bis 1998 für den Deutschlandfunk. Danach Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Kindernothilfe. Seit 2011 Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Aktion Mensch.

VORTRAG

Sascha Lübbe: Impulse und Inspiration durch den Themendienst Drehscheibe

Journalismus ohne Gefälle

Nicht auf die Behinderung abheben, sondern Menschen in Mittelpunkt stellen

Dicht an Menschen mit Behinderung dran sein, sie selbst zu Wort kommen lassen, ihre Wahrnehmung wiedergeben – diese Eigenschaften zeichnen gelungene Beispiele deutscher Lokalzeitungen zum Themenfeld Inklusion aus. Sascha Lübbe vom Themendienst Drehscheibe präsentiert eine Auswahl von Artikeln, die als Anregung oder zur Nachahmung dienen können. Gleichzeitig ermuntert er dazu, der Drehscheibe-Redaktion solche Beiträge zuzusenden, die für ideenreichen und originellen Lokaljournalismus stehen.



Das Thema der November-Ausgabe passte genau zur Redaktionskonferenz: „Inklusion. Wie Lokalzeitungen über behinderte Menschen berichten“, betitelte die Drehscheibe ihr aktuelles Heft. Die Richtung gibt ein Interview mit dem Sozialhelden-Gründer Raúl Krauthausen vor (siehe auch Seite 15/16), der sagt: „Journalisten sollten sich die Mühe machen, mit behinderten Menschen zu sprechen – und nicht nur über sie.“

Dem entspricht eine Serie der Badischen Neuesten Nachrichten rund um Inklusion und Arbeitswelt, auf die Sascha Lübbe in seinem Vortrag eingeht. Die Reihe stellte Unternehmen der Region vor, die Menschen mit Behinderung beschäftigen und porträtier-

te deren Arbeitsalltag. Da ging es beispielsweise um eine Frau mit Down-Syndrom, die in einem Hotel arbeitet. „Die Artikel rückten den Menschen an sich in den Vordergrund und nicht die Behinderung“, sagt Lübbe und weist auf konkrete Informationen hin, die jeweils das Porträt ergänzten – etwa über Eingliederungshilfe und Jobcoach.

Ein Angebot in leichter Sprache offeriert die Augsburgische Allgemeine behinderten Menschen: In Kooperation mit dem Caritas-Verband veröffentlicht das Blatt einfach formulierte Nachrichten. „Das Besondere an diesen Nachrichten ist, dass zunächst der Kontext erklärt wird und erst dann die eigentliche News folgt“, erläutert der Drehscheibe-Redakteur.

Positiv aufgefallen war auch eine Serie rund um Inklusion der Heilbronner Stimme, Überschrift: „Wie ich mir Inklusion vorstelle“. Darunter äußerten Menschen mit und ohne Behinderung ihre Wünsche und Erwar-

tungen an die Gesellschaft. Da stand die Personalleiterin von Audi gleich neben der Beschäftigten einer Beschützenden Werkstatt. „Uns hat daran besonders gefallen, dass es in der Darstellung kein Gefälle gibt zwischen Nichtbehinderten und Behinderten“, so Sascha Lübbe.

Ob es nun der Bericht aus der Pforzheimer Zeitung über das Jubiläum eines Clubs für behinderte Sportler war oder das Porträt in der Würzburger Main-Post über zwei Musiker mit Behinderung, die in der RTL-Show „Das Supertalent“ aufgetreten sind – immer standen Menschen im Mittelpunkt, die eine interessante Geschichte zu bieten

hatten. Dabei spielten die Behinderungen eine Rolle, aber nicht die Hauptrolle. Nie von oben herab, sondern immer auf Augenhöhe blieb auch die Reportage der Emdener Zeitung über den Alltag einer blinden Frau. „Dort ist minutiös aufgezeichnet worden, wie sie die 24 Stunden aus ihrer Perspektive erlebt“, erläutert Sascha Lübbe. Ergänzend gibt er einen Tipp für Bildjournalisten: „Wenn behinderte und nichtbehinderte Menschen zusammen auf einem Foto sind, sollte man sie gleichberechtigt ins Bild setzen.“ Was einem sofort einleuchtet, wenn man sich einen Zweimetermann neben einem Rollstuhlfahrer vorstellt.

I **NFO** **Drehscheibe**

Der Themendienst Drehscheibe ist im Abonnement zu beziehen und will die Arbeit von Lokalredakteuren durch eine Ideenbörse, Konzepte und Werkstattberichte fördern. Abonnenten können außerdem kostenlos den Service nutzen, d. h. sogenannte Ideenlisten zu beliebigen Themen anfordern, u. a. auch zu den Themen Service, Hintergrund, Jugendberichterstattung. Abonnenten haben zudem unbegrenzten Zugriff auf die Internetangebote drehscheibe.org und jugenddrehscheibe.de.

Abo-Gebühren pro Monat:

- Hauptabo: 36 Euro
- Zusatzabo: 5,50 Euro
- Sonderabo Freie: 18 Euro
- Probeabo: kostenlos
- PDF-Abo: 65 Euro

Kontakt:
Tel.: 030 69566522
info@drehscheibe.org

Kontakt

Tel.: 030 69566524
E-Mail: luebbe@raufeld.de
Web: drehscheibe.org
raufeld.de

Z **ur Person** **Sascha Lübbe**

Jahrgang 1978, geboren in Berlin. Studium der nordamerikanischen Literatur und Kultur, Publizistik und Soziologie an der Freien Universität Berlin, danach freier Journalist in Berlin. Tätigkeit für TV, Print und Online. Seit Dezember 2011 Redakteur der Drehscheibe.

Arbeitsgruppe 1

Barrieren vor der Haustür

Der Stadtcheck: Umfassender Blick auf mögliche Hürden des Alltags

„Nichts über uns ohne uns“: Diesem Grundsatz im Blick auf Menschen mit Behinderung folgt die Arbeitsgruppe 1.

Vorweg Grundlegendes: Es ging uns in der Arbeitsgruppe darum, selbst Themen zu setzen, statt (nur) auf Anlässe zu reagieren (Konflikte, die an die Redaktion herangetragen werden, oder Gedenktage).

Barrieren gibt es in allen Lebensbereichen. Es lohnt sich deshalb, sich ein Netzwerk aufzubauen, sich zunächst einen Überblick zu verschaffen über Einrichtungen, Selbsthilfegruppen, Verbände etc. für Menschen mit Behinderung(en). Das hilft auch bei der Suche nach Gesprächspartnern. Für eine Gewichtung von Themen kann es helfen, sich beispielsweise schon bei der Planung mit Experten (Betroffene selbst, Verbandsvertreter, Behindertenbeauftragte oder auch Behindertenvertreter von Firmen) auszutauschen. Bei der Berichterstattung selbst ist es wichtig, immer Betroffene ins Boot zu holen – getreu dem Motto: „Nichts über uns ohne uns“.

Um die Vielfalt an Themen etwas zu strukturieren, haben wir uns als Impuls für einen Stadtcheck (zum Beispiel als Serie) entschieden, in dem verschiedene Barrieren



Die AG 1 (v. l.): Fariba Sattler, Jürgen Menke, Heike Nickel, Peter Taubald (Leitung), Liane von Droste, Martina Nattermann, Andres Wulfes, Anja Mayer, Andreas Koska

auf die jeweilige Gemeinde/Stadt bzw. den Landkreis bezogen aufgegriffen werden. Es sind alle Darstellungsformen möglich. Der Stadtcheck sollte/könnte begleitet werden von einem Logo. Zusätzlich zu den jeweiligen Hauptartikeln wären Begleitstücke denkbar wie Hintergründe zur Biografie (abseits der Behinderung), Lösungsansätze/ Perspektiven oder auch ergänzende Drei-Fragen-Interviews. Zum Beispiel könnte es ein festes Element bei jedem Serienteil sein, dass Wege aufgezeigt werden.

Online ist die Serie natürlich ergänzbar (Dossier, Fotogalerien, Videos). Leser könnten zum Dialog aufgefordert werden (Social Media einbinden). Parallel zur Serie könnte eine digitale und interaktive Karte entstehen bzw. anwachsen, in der die mit der Zeit gesammelten Informationen (barrierefreie Kneipen, Schwimmbäder, Sporthallen, Be-

hören usw.) auf einen Klick greifbar sind. Diese Karte könnte auch von außen beispielbar sein (natürlich mit Freischaltungsfunktion durch die Redaktion).

Der Stadtcheck

- Mobilität/Fortbewegung: ein Blick auf ÖPNV
- Spielplatz-Check mit behinderten Kindern
- Gastronomie („barrierefrei, aber nicht zu Ende gedacht“): Best-practice-Beispiele oder mit einem Betroffenen auf Kneipentour
- Handel und Gewerbe: wo gibt es barrierefreies Einkaufen?
- Kultur: Angebote für Gehörlose/Blinde; wie kommt man an Gebärdendolmetscher; Beispiel Museen: nicht nur rolligerecht, sondern auch Möglichkeiten für Blinde oder Gehörlose
- Städtebau: mit Blinden/Gehörlosen/Rollifahrern durch die Stadt; denkbar wäre auch ein Interview mit einem Städteplaner, evtl. Doppel-Interview mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt; welche Wohnformen gibt es (Stichwort Intelligentes Wohnen), Bahnhöfe
- Arbeiten mit Handicap: Arbeitgeber- und Arbeitnehmersicht und Fördermöglichkeiten (Behindertenbeauftragte in Firmen)
- barrierefreie Rathäuser: können Behinderte an Ratssitzungen teilnehmen?
- Kirchen-Check (auch Gemeindehäuser)
- Vereinsleben: Hier denken wir v. a. an Positivbeispiele, wie es funktionieren kann.
- „Barrieren in den Köpfen“: ein Knigge für den Umgang miteinander (umsetzbar beispielsweise mit einem Interview mit einem Betroffenen, dazu würde auch eine Straßenumfrage mit Nichtbehinderten passen, welche Berührungängste diese haben)
- Tourismus: aus der Sicht eines behinderten Touristen durch die Stadt (Beschilderungen, WCs, Hör-Guide, Hotels/Pensionen, Wanderwege, Sehenswürdigkeiten erreichbar und wahrnehmbar)
- Freizeit: Schwimmbäder, Sporthallen, Kinos etc.
- Wer hilft? Eine Art Service für die Leser;

wo bekomme ich für welches Problem Hilfe? (Thema Behinderung als Kostenfaktor)

- privater Wohnungsbau – barrierefrei? (Interview mit Wohnberater, Handwerker, die barrierefreies Bauen/Umbauen anbieten)
- Webseiten: gibt es Internetseiten, die auf Menschen mit Behinderungen ausgerichtet sind? (Schriftgröße, Farben, Vorlesen, leichte Sprache)

Weitere Ideen unabhängig vom Stadtcheck:

technische Errungenschaften/Hilfen für Menschen mit Behinderungen aufgreifen (Smartphone, Sprachcomputer), behindertengerechte Mode (bsp. Gesundheitsschuhe), verständliche Formulare (Blindenschrift, leichte Sprache). Viele der Themen betreffen übrigens nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch Senioren, Eltern (Kinderwagen) und/oder Migranten (leichte Sprache).

Arbeitsgruppe 2

Barrieren in der Sprache

Begriffe mit Bedacht wählen und dabei Kontext und Lesbarkeit berücksichtigen

Vor Tipps zum Umgang mit Sprache setzt die Arbeitsgruppe 2 redaktionelle und ethische Grundlagen für die eigentliche Arbeit am Text.

I. Redaktioneller Leitfaden

Berufsethos und Pressekodex bilden die Grundlage unserer Berichterstattung. Wenn wir über Menschen mit Behinderungen schreiben, vermeiden wir

Schubladendenken und versuchen, der Individualität der Person und des Themas gerecht zu werden. Wir fragen uns: Wann ist die Behinderung wirklich erwähnenswert?

Klischees wie das vom fröhlichen Down-Kind vermeiden wir. Bevor wir eine Befindlichkeit unterstellen, fragen wir bei den Betroffenen nach, wie es ihnen geht. Wir reduzieren einen Menschen nicht auf seine Behinderung. Wir behandeln den Gesprächspartner nicht in erster Linie als Vertreter einer bestimmten Behinderungsart. (Zur Einschätzung machen wir uns bewusst: Was macht die Story zu einer Geschichte? Warum möchten wir sie schreiben?)

Perspektive des Formulierens: Wir schreiben nicht von oben herab und vermeiden Begriffe und Floskeln, die den Lesern eine Wertung suggerieren. Wenn wir bewerten, tun wir es bewusst (Kommentar). Wir res-



Die AG 2 (v. l.): Stephanie Riechwald, Christian Ströhl, Daniela Lukaßen, Kathrin Vogel, Michaela Roßner, Ellen Reim, Martin Neitemeier, Margot Gasper, Lutz Bernhardt (Leitung)

pektieren selbstverständlich im Umgang mit Menschen mit Behinderung grundsätzliche Umgangsformen, duzen sie nicht automatisch und lassen sie zu Wort kommen (O-Töne sind wichtig, wir lassen sie uns nicht vom Pressesprecher diktieren).

Die Sensibilität des Themas erfordert eine besonders gründliche Vorbereitung (Treffpunkt zum Interview barrierefrei, Gebärdensprachdolmetscher/technische Hilfsmittel bei Gehörlosen). Dazu gehört auch, rechtliche Fragen vorab zu klären: Hat der Mensch mit Behinderungen zum Beispiel einen gesetzlichen Vertreter? Ist der einverstanden mit Foto/Namensnennung?

Wir machen als Journalisten keine Lobbyarbeit. Wir versuchen, mit Fingerspitzengefühl und Professionalität vorzugehen und wägen bei der Sprache ab zwischen politischer Korrektheit und nötiger Lesbarkeit/Verständlichkeit.

Eigene Unsicherheiten thematisieren wir gegenüber unserem Gesprächspartner (Sollen wir einem Armamputierten zur Begrüßung die Hand reichen?).

II. Umgang mit Sprache

1) Definition Inklusion (nach Aktion Mensch, www.aktion-mensch.de):

Inklusion heißt wörtlich übersetzt Zugehörigkeit, also das Gegenteil von Ausgrenzung. Wenn jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – überall dabei sein kann, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in der Freizeit, dann ist das gelungene Inklusion.

Inklusion gemäß UN-Behindertenrechtskonvention (2008):

Menschen mit Behinderung werden nicht als Kranke betrachtet. Inklusion ist ein Menschenrecht, d. h. Menschen mit Behinderungen müssen sich nicht an die Umwelt anpassen, sondern diese ist von vornherein so ausgestattet, dass alle Menschen gleichberechtigt leben können – egal wie unterschiedlich sie sind. Das Ideal der Inklusion: Unterscheidung „behindert/nichtbehindert“ ohne Relevanz.

2) Behinderte, Menschen mit Behinderung/Handicap

Behindertenverbände legen nicht fest, mit welcher sprachlichen Formulierung gearbeitet werden soll. Die Empfehlung beispielsweise der leidmedien.de lautet „Menschen mit Behinderung“ zu sagen, damit wird der Fokus darauf gelegt, dass die Umwelt den Menschen behindert und nicht der Mensch behindert ist.

Der Begriff „Behinderte“ ist nicht verpönt, sondern kann im journalistischen Alltag als Synonym durchaus verwendet werden. „Menschen mit Handicap“ ist ebenfalls geläufig. Begrifflichkeiten wie „Assistenznehmer“ oder „Mensch mit Förderungsbedarf“ oder „Menschen nach Schicksalsschlägen“ klingen sperrig und bürokratisch, dem Leser sind sie unverständlich. Daraus ergibt sich

weiterer Klärungsbedarf.

Der Schreiber sollte den jeweiligen Begriff jedenfalls immer mit Bedacht wählen, er sollte den Kontext berücksichtigen und die Lesbarkeit im Auge haben.

3) Leiden oder Nicht-Leiden

Wenn man schreibt, dass jemand „leidet“, sollte man tatsächlich wissen, ob „leiden“ das richtige Verb ist. Beispiel aus einem Artikel: „Er leidet an der Glasknochenkrankheit.“ Hier sagte der Protagonist selbst, dass er nicht „leidet“, sondern die Krankheit hat. Weiteres Beispiel: Bei Diabetes würden viele Betroffene auch nicht von sich selbst sagen, dass sie unter „Diabetes leiden“, sondern „Diabetes haben“. Ganz häufig wird Behinderten und Kranken ein Leiden also unterstellt.

Hilfreich bei der redaktionellen Arbeit ist die Sichtweise der leidmedien.de, die viele Ausdrücke als „Beschreibung mit fahlem Beigeschmack“ bezeichnen. Etwa: „Trotz ihrer Behinderung lacht sie oft und strahlt viel Freude aus.“ Oder: „Sie meistert tapfer ihr Schicksal.“ Die Inklusionsaktivistin Julia Probst führte als Beispiel für einen verbalen Fehlgriff die Formulierung von Joachim Gauck an, der im Zusammenhang mit Behinderung als „nicht perfektes Leben“ sprach.

4) Wertende Begriffe

Grundsätzlich sollte sich jeder beim Texten darüber klar sein, dass er Sachverhalte positiv, neutral oder negativ beschreiben kann. Beispiel: Freitod (Euphemismus), Suizid oder Selbstmord (Anklage) oder Schwangerschaftsunterbrechung, Schwangerschaftsabbruch oder Abtreibung.

5) Stereotype und Phrasen

Im Alltag existieren Phrasen wie etwa „an den Rollstuhl gefesselt“. Häufig werden Verniedlichungen benutzt wie „Downie“ für Menschen mit Down-Syndrom oder „Rolli“ für Rollstuhlfahrer. Auch hier sollte ein Autor sich dessen bewusst sein, ob er die Situation (das Selbstverständnis) des Betroffenen

angemessen ausdrückt. Häufig ist das nicht so.

6) Gehörlos, taub, schwerhörig ...

Wichtig ist, die Behinderung korrekt zu bezeichnen. Beim Beispiel „Gehörlosigkeit“ empfinden viele Betroffene den Begriff „taub“ beispielsweise als falsch. Der Begriff „taubstumm“ sollte am besten gar nicht benutzt werden, weil Gehörlose sprechen oder sich auf andere Weise ausdrücken können. Ähnliches sollte man bei allen Arten von Behinderung recherchieren.

Linktipps zur Recherche:

leidmedien.de

aktion-mensch.de

sozialhelden.de

inklusionsfakten.de

meinaugenschmaus.blogspot.de/

institut-fuer-menschenrechte.de

Arbeitsgruppe 3

Barrieren in den Köpfen

Gegen Ängste und Vorurteile helfen Informationen und Einfühlungsvermögen

Inklusion – eine Serie für die Lokalausgabe hat die Arbeitsgruppe 3 entwickelt.

Viele Konflikte im Zusammenhang mit Inklusion in der Schule, Inklusion in der Gesellschaft, entstehen durch Unkenntnis und Unsicherheiten, Ängste und Vorurteile. Die Menschen sind das Zusammenleben mit Menschen mit Behinderung nicht gewohnt, sehen sich selbst in einer inklusiven Gesellschaft an einer nicht genau definierten Position und wollen daher lieber das Gewohnte bewahren. Um Inklusion und ihren Folgen unvoreingenommen begegnen zu können, muss Aufklärungsarbeit geleistet werden. Erklärungen sind nötig und die Leser müssen durch unsere Einordnung des Themas in der Lage sein, sich ein Urteil darüber zu bilden. Also die ganz normale Arbeit einer Lokalredaktion.

Was bringt Inklusion der Gesellschaft?

Was bringt Inklusion für Menschen ohne Behinderung?

Pflegende Angehörige, Eltern und Geschwister behinderter Menschen erleben ein anderes Leben, machen Erfahrungen, die eine andere Perspektive auf beinahe alle Lebensbereiche ermöglichen und nötig ma-



Die AG 3 (v. l.): Rainer Wilkes, Ines Nowack, Kerstin Eigendorf, Fabian Busch, Gudrun Billowie, Rebecca Röhrich, Ralf Schäfer (Leitung), Katharina Wojczenko, Martin Messy

chen: Gelassenheit, Geduld, Entschleunigung, Blick für das Wesentliche, Blick in ein völlig anderes Leben, sogar Bereicherung durch die Erfahrungen im Leben mit dem behinderten Kind sind möglich und sollten thematisiert werden. Nur so kann offen und unvoreingenommen über das Leben mit der Behinderung gesprochen und diskutiert werden. Es gibt aber auch Chaos, Traurigkeit und Überforderung. Das mündet in Themen, die mit Hilfestellungen, Sozialhilfe, Teilhabe und anderen unterstützenden Diensten zu tun haben.

Was bringt Inklusion für Menschen mit und ohne Behinderung?

Genauso wie Inklusion sich nicht nur an Menschen mit Behinderung wendet, sondern gleichermaßen für Flüchtlinge, Menschen mit Migrationshintergrund und benachteilig-

ten Personengruppen wie Alleinerziehende eine Perspektive bieten muss, helfen die Werkzeuge und Maßnahmen, die die Inklusion voranbringen, weit mehr Menschen als nur denen mit Behinderung.

Leichte Sprache: wer übersetzt uns die Steuererklärung/Baumschutzsatzung/Patientenverfügung? Welche Vereine, Einrichtungen, Behörden bieten Texte in leichter Sprache an?

Umgang mit Anderen/Empathie/Toleranz: Themen könnten sich aus Begegnungen ergeben, die arrangiert werden. In der Schule, im Fußballverein. Wie sieht dort das Leben mit behinderten Vereinsmitgliedern aus? Geschwister: „Was ist doof bei Deine/m/r Bruder/Schwester mit Behinderung?“

Tipps für den Umgang mit Betroffenen: Kein Mitleid. So wie der Mensch mit Behinderung nicht unter etwas leidet, leiden auch die Angehörigen nicht. Um von vornherein Klarheit schaffen zu können, wie man sich im Umgang mit den Menschen verhält, denen wir bei unserer Arbeit begegnen, kann ein Fragebogen (bspw. zu Beginn einer Serie) unter den Beteiligten verteilt werden: „Was geht gar nicht? – Verhaltensregeln für Unerfahrene“.

Was bringt Inklusion für Menschen mit Behinderung?

In erster Linie Teilhabe – dazu alle Aspekte des Bundesteilhabegesetzes und seiner schwierigen Geburt beobachten. Oft sind dies dann aber eher mantelrelevante Themen. Hier empfiehlt sich eine Zusammenarbeit mit den Kollegen.

Arbeitswelt-Themenideen:

- Karriere mit Behinderung?
- Raus aus der Werkstatt: Außenarbeitsplätze – Integrationsbetriebe
- Arbeitsplatz-Ausstattung: Welche Förderung bekommt der Arbeitgeber?
- Berufsberatung: In welchen Branchen tut man sich schwer? Wo ist es leichter? Gibt es auch neue „Nischen“? Chancen und Grenzen
- „Arbeit lohnt sich nicht“: Warum dürfen

behinderte Menschen mit Eingliederungshilfe nur 2.600 EURO auf der hohen Kante haben?

Familie und soziales Umfeld:

- Pränatale Diagnostik: Begleitung einer Schwangeren, Frauenärzte, Beratungsstellen. Was kann man testen? Was ist sinnvoll? Wie gehe ich mit dem Ergebnis um? Wie viele Frauen brechen die Schwangerschaft daraufhin ab?
- Welcher Druck entsteht auf Familien mit behinderten Kindern?
- Leben als Mutter/Vater/Geschwister eines behinderten Kindes/alleinerziehend mit behindertem Kind
- Vereine und Freizeit: Sport/Theater/Musik, inklusiv und exklusiv; behinderte Spitzensportler
- Partnerschaft und Kinderwunsch – Sterilisation? Gemischte Paare/Partnerschaftsbörsen
- Sexualität: Verhütung, Prostitution

Diese beiden Bereiche, aus denen wir nur eine Handvoll Themen zusammengestellt haben, umfassen den gesamten Lebensbereich außerhalb von Schule. Es ist der Fantasie dort keine Grenze gesetzt.

Ganz wichtig bei allen Planungen zu Geschichten mit Menschen mit Behinderung und Inklusion ist die einfühlsame Rücksichtnahme, denn auch wir als Journalisten wissen oft nicht, wie wir uns in der ein oder anderen Situation zu verhalten haben. Betreuer, Menschen mit Behinderung und Fachleute für die Inklusionsthematik helfen weiter, wenn direkt und offen diese Unsicherheiten zur Sprache gebracht werden.

Hilfestellung gibt immer: www.leidmedien.de. Ein Beispiel für den journalistischen Umgang und die darauf folgende Verarbeitung des Themas findet sich auch auf der Internetseite www.lea-raphaela.de.

Anhang

- **Text Monika Scheele Knight**
- **Thesen Prof. Dr. Clemens Knobloch**
- **Vortrag Andreas Henke**
- **Seminarprogramm**
- **Liste der Teilnehmenden**

Das unerfüllte Versprechen – Auf dem Weg zur Inklusion in Deutschland

Ich möchte mich erst einmal kurz vorstellen. Ich arbeite als

- Patientenvertreterin im Gemeinsamen Bundesausschuss (akkreditiert durch den Deutschen Behindertenrat)
- und als Honorarkraft für das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages

Daneben – und das ist in diesem Zusammenhang wohl sehr wichtig zu sagen – habe ich einen 15-jährigen, schwerstmehrfach behinderten Sohn.

John hat:

- Frühkindlichen Autismus (eine schwere Form von Autismus)
- eine Epilepsie
- die Stoffwechselstörung G6-PD-Mangel
- und eine mittelschwere Intelligenzminderung

Er kann nicht sprechen und braucht in allen Dingen viel Hilfe. Er ist zu 100% schwerstbehindert und hat die Pflegestufe III – also die höchste Stufe. Das heißt, er muss Tag und Nacht gepflegt werden. John besucht eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung (früher sagte man: Sonderschule für geistig Behinderte). Die Schule ist spezialisiert auf den Umgang mit besonders schwer betroffenen Autisten.

Ich schätze die Förderschule sehr. Ein grundsätzliches Problem im Umgang mit dem Thema Inklusion sehe ich darin: Wenn wir das Wort Inklusion hören, denken wir sofort an das Thema Schule. "Inklusion, da war doch mal was bei Günther Jauch: diese Mutter, die ihren geistig behinderten Sohn mit Trisomie 21 unbedingt aufs Gymnasium schicken will?"

Die Diskussion wurde in Deutschland sehr schnell in dieser Richtung vereinnahmt. Nur: Gerade wenn ich sehr schwere Behinderungen – wie die meines Sohnes – bedenke, liegt der Fokus bei uns ganz woanders. Der Besuch einer Regelschule steht überhaupt nicht zur Debatte. Für uns geht es bei der Inklusion um etwas viel Subtileres und gleichzeitig aber auch um etwas viel Grundlegenderes. Insofern werde ich mich vom Thema Schule auch sofort wieder abwenden.

Worüber spreche ich also? Ich möchte das Thema gerne von einer positiven Warte beginnen und ein paar konkrete Beispiele aus meiner politischen Arbeit vorstellen.

Gemeinsamer Bundesausschuss

Zunächst einmal zur Erläuterung: Der Gemeinsame Bundesausschuss ist das oberste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung von Ärzten, Krankenhäusern und Krankenkassen in Deutschland. Er arbeitet als Untergesetzgeber, angeschlossen an das Bundesgesundheitsministerium. In Form von Richtlinien wird im Gemeinsamen Bundesausschuss der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen erarbeitet: also die Leistungen für etwa 70 Mio. Versicherte in Deutschland.

Seit 2004 sind Patientenvertreter Teil dieses Prozesses und in allen Gremien vertreten. Die Hälfte der Patientenvertreter müssen Selbstbetroffene oder Angehörige von Betroffenen sein. Die anderen Patientenvertreter können professionell in der Patientenberatung tätig sein.

Ich bin Mitglied in den Unterausschüssen Qualitätssicherung und Methodenbewertung. In der Qualitätssicherung arbeite ich zurzeit in 2 Arbeitsgruppen. In der einen geht es um die Qualität der Versorgung in der Psychiatrie. Die AG erarbeitet Indikatoren und Instrumente, die sektorenübergreifend (also ambulant *und* stationär) die Qualität in der Psychiatrie messen sollen. Es geht also darum, die Qualität der Versorgung in Zukunft besser einschätzen und auch besser vergleichen zu können.

Davon sind auch Menschen mit einer geistigen Behinderung besonders betroffen – und viele Autisten, wie mein Sohn. Die meisten Autisten werden psychiatrisch betreut, aber hier mangelt es noch oft an Personal, das auf die besonderen Bedürfnisse auch wirklich eingehen kann. Die meisten in der Psychiatrie tätigen Personen (sowohl Ärzte als auch pflegerisches Personal) sind im Umgang mit dieser Behinderung nicht geschult.

In der anderen AG geht es auch um die Psychiatrie, und zwar um die Personalausstattung. Dort erarbeiten wir verbindliche Anforderungen an die Anzahl und die Qualifikation des therapeutischen Personals – vor dem Hintergrund, dass die aktuell gültige Personalverordnung zum 01. Januar 2017 auslaufen soll, gefolgt von einer zweijährigen Konvergenzphase, und schließlich ersetzt werden soll durch ein pauschaliertes Entgeltsystem (PEPP).

Das Gesundheitsministerium hat selbst Befürchtungen, dass das neue System Anreize zum Personalabbau bieten könnte. Darum hat es den Gemeinsamen Bundesausschuss damit beauftragt, Mindestanforderungen oder Empfehlungen zu erarbeiten, um die Qualität – trotz des neuen Bezahlungssystems – zu erhalten. Auch hier hat sich in der Anhörung von Experten schon gezeigt, dass gerade für Patienten mit einer geistigen Behinderung nicht genügend Personal vorhanden ist.

In beiden AG's arbeite ich also an einer verbesserten Teilhabe der geistig behinderten Menschen in der psychiatrischen Versorgung.

Im Unterausschuss Methodenbewertung bin ich Sprecherin der Patientenvertretung in der AG Kinder, in der die Früherkennungsuntersuchungen – die sogenannten U-Untersuchungen – neu erarbeitet werden. Die Früherkennungsuntersuchungen gibt es seit Anfang der 70er Jahre und sie sind 30 Jahre lang nahezu gleich geblieben.

Die Arbeitsgruppe hat sich intensiv mit wissenschaftlichen Studien befasst und eine neue Struktur der Untersuchungen erstellt. Wir haben uns dabei jeweils an der 90. Perzentile ausgerichtet, um auch Raum für individuelle Entwicklungsunterschiede zu lassen. Wir haben also versucht, die Untersuchungen erstens auf eine solide wissenschaftliche Basis zu stellen und zweitens einer zunehmenden Pathologisierung entgegen zu wirken.

Die neuen U's berücksichtigen außerdem stärker Aspekte der sozialen, psychosozialen, emotionalen und geistigen Entwicklung. Und Eltern erhalten in Zukunft mehr Informationen zu regionalen Unterstützungsangeboten, wie zum Beispiel zu Frühen Hilfen.

Teilnahmekarte

Auf Initiative der Patientenvertretung wird eine neue Teilnahmekarte eingeführt. Hintergrund hierzu ist, dass die Ergebnisse der Früherkennungsuntersuchungen im vertraulichen Dokument des Gelben Vorsorgeheftes dokumentiert werden. In der Zwischenzeit hat sich – besonders nach Einführung des verbindlichen Einlade- und Meldewesens in einigen Bundesländern – eine Praxis entwickelt, in der beispielsweise Kitas und Behörden zu Unrecht Einsicht in das Gelbe Heft verlangen. Sie sagen, sie wollen sehen, dass die Eltern mit den Kindern bei der Vorsorgeuntersuchung gewesen sind. Dabei erhalten sie aber über das Gelbe Heft viel mehr Informationen.

Viele Eltern wissen nicht, dass sie nicht zur Vorlage des Gelben Heftes verpflichtet sind. Und Eltern werden nicht selten unter Druck gesetzt, zum Beispiel wenn ein Kitaplatz an die Bedingung geknüpft wird, das Gelbe Heft vorzuzeigen (so berichtet aus Bayern). Die Teilnahmekarte bietet Eltern nun die Möglichkeit, bei den entsprechenden Behörden ein Dokument vorzulegen, welches ohne die Preisgabe weiterer vertraulicher Informationen nur noch die reine Teilnahme an den U-Untersuchungen bestätigt.

Warum war uns das als Patientenvertretung wichtig? Im Gelben Heft stehen sensible Informationen, die ein Kind zudem ein Leben lang begleiten können. Nehmen wir einmal das Beispiel einer Verdachtsdiagnose auf ADS. Wir haben gehört, dass Kitas oder Kindergärten mit diesem Wissen schon versucht haben Eltern zu überreden, dass ihr Kind doch einen I-Status, also Integrations-Status, bekommen könnte und dann stünde mehr Personal zur Verfügung. So werden also womöglich Personalengpässe mit Diagnosen zu lösen versucht. So war das nie gedacht. Wir möchten für Kinder im Gegenteil gerade weniger Pathologisierung.

Ich selbst habe erlebt, dass für die Bewilligung von Johns "Eingliederungshilfe für behinderte Menschen" nach dem Gelben Heft gefragt wurde. Die Eingliederungshilfe läuft in Berlin über das Jugendamt und das Jugendamt ist daran interessiert, so viele Informationen über Familien zu sammeln wie möglich. Was dann damit geschieht, welche Schlüsse das Jugendamt daraus zieht etc., darüber haben die Eltern dann keine Kontrolle mehr. Das ist gesetzlich eigentlich gar nicht erlaubt. Aber da es gelebte Praxis ist, wollten wir als Patientenvertretung etwas tun, um dagegen anzusteuern.

Gerade Eltern von behinderten Kindern haben es enorm schwer, überhaupt irgendeine Form von Datenschutz zu bewahren. Die diversen Arztbriefe, Pflege-Gutachten etc. werden an allen möglichen Stellen verlangt, die Informationen werden übernommen – nicht selten fehlerhaft – und so entsteht mit der Zeit ein bunter Strauß an Diagnosen und Aussagen, von denen eine nicht unerhebliche Anzahl überholt oder sogar falsch ist. Die Teilnahmekarte ist ein erster Schritt zu mehr Datenschutz, mehr Privatsphäre, weniger Stigmatisierung.

Momentan überarbeiten wir die letzten Einzelheiten zum Gelben Heft. Wenn alles fertig und beschlossen ist, wird es vom Gesundheitsministerium nochmal geprüft und tritt dann voraussichtlich im Sommer 2016 in Kraft. Dann werden alle gelben Vorsorgehefte eine Teilnahmekarte haben, und die etwa 600.000 Kinder, die im Jahr in Deutschland geboren werden, bekommen alle dieses Dokument, mit dem die Eltern ihre Kinder aktiv schützen können. Hier konnten wir ganz konkret etwas einführen, das der Stigmatisierung und der Pathologisierung entgegenwirkt.

Im Großen und Ganzen bin ich mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden. Nicht ganz zufrieden, denn abgelehnt wurde unser Antrag, eine bessere Vernetzung mit Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ's) in der Kinder-Richtlinie zu verankern. Diese sind nach dem Gesetz spezialisiert auf die Behandlung von frühgeborenen Kindern sowie von Kindern, die von einer dauerhaften Behinderung bedroht sind. Die interdisziplinäre Arbeitsweise dieser Zentren hat sich aus der Betroffenenpersicht sehr bewährt, aber eine Überweisung dorthin erfolgt häufig viel zu spät.

Die SPZ's können bei der Inklusion auch eine große Rolle spielen (so werden dort zum Beispiel Kontakte vermittelt, etwa zu gemischten Sportgruppen mit behinderten und nicht-behinderten Kindern). Wir hätten die SPZ's gerne in der Richtlinie verankert. Leider wurde unser Vorschlag hierzu nicht angenommen.

Leichte Sprache

Woran wir momentan auch arbeiten, sind Informationen zu den U-Untersuchungen in Leichter Sprache. Das ist ein Tätigkeitsfeld der Inklusion, das uns nun in allen Ausschüssen und Fachbereichen begegnet.

Informationen auch in einer Leichten Sprache zur Verfügung zu stellen, ist ein wichtiger Schritt für mehr Teilhabe von Menschen mit einer geistigen Behinderung. Wir machen uns das im Alltag nicht immer klar, dass für diese Menschen ständig Entscheidungen getroffen werden, an denen sie selbst keinen Anteil haben. Die ihnen oft auch nicht angemessen erklärt werden – nämlich so, dass sie sie verstehen können. So vieles läuft über ihren Kopf hinweg. Wir müssen uns das immer wieder neu klarmachen, einen Schritt zurückgehen, sie mitnehmen.

Wir haben in den Beratungen im Gemeinsamen Bundesausschuss schnell gemerkt: Bei unseren Verhandlungspartnern kann man kein Wissen voraussetzen. Erst wurde das Vorhaben einfach abgenickt, aber als dann die erste Übersetzung da war, gab es schon großes Erstaunen – und das geht wohl jedem so, der zum ersten Mal Leichte Sprache liest. Wenn Sie noch nicht so oft mit Leichter Sprache in Berührung gekommen sind, zeige ich Ihnen hier gerne ein Beispiel.

Die erste Patienteninformation in Leichter Sprache wurde im Gemeinsamen Bundesausschuss am 05. August 2015 freigegeben, ist also noch keine drei Monate alt und auch noch nicht im Umlauf (daher habe ich noch keine gelayoutete Version, aber ich darf den Entwurf zu Anschauungszwecken verwenden).

Leichte Sprache – auch im Bundestag

Neben meiner ehrenamtlichen Tätigkeit arbeite ich als Freiberuflerin für das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages. Hier haben wir nun auch eine erste Broschüre in Leichter Sprache. Außerdem bietet der Besucherdienst nun Führungen durch den Reichstag in Leichter Sprache an und im Rahmen der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages werden verstärkt auch Unterrichtseinheiten für Förderschulen angeboten. Und es gibt die Website des Bundestages in Leichter Sprache.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass Beispiele wie die Teilnahmekarte und die Leichte Sprache zeigen, dass eine aktive politische Mitarbeit zu ganz konkreten, vorzeigbaren Verbesserungen führt – eben auf dem Weg zur Inklusion. Nun möchte ich diese persönlichen Erfahrungen aber gerne noch einbetten in einen größeren Zusammenhang, nämlich das Bundesteilhabegesetz, wo sich auch zeigen wird, dass es an vielen Stellen doch noch sehr hakt bei der Umsetzung der Inklusion.

Bundesteilhabegesetz

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales arbeitet seit geraumer Zeit an einem Gesetz, das im Sinne der Inklusion eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung bewirken soll. Das Teilhabegesetz soll bundeseinheitlich gelten und somit Schluss machen mit unterschiedlichen Situationen in den verschiedenen Bundesländern. Im Moment stehen einem Menschen mit Behinderung in jedem Bundesland unterschiedliche Leistungen zu. Alleine diese Bundeseinheitlichkeit zu erreichen wäre ein großer Fortschritt für die Inklusion.

Bemerkenswert ist, dass in diesen Erarbeitungsprozess von Beginn an die Betroffenenverbände und die beteiligten Akteure sehr effektiv und offen mit einbezogen wurden. Wirklich getreu dem Motto: "Nichts über uns ohne uns."

Die entsprechende Fachexperten-AG tagte zuletzt am 23. September 2015. Ich kann kurz den aktuellen Stand der Überlegungen im Ministerium zusammenfassen – dabei muss ich aber ausdrücklich betonen, dass es sich dabei noch nicht um endgültige Entscheidungen zum Inhalt des Gesetzentwurfs handelt.

Bereich Wohnen

Eines der Ziele des Bundesteilhabegesetzes ist es, dass sich die Eingliederungshilfe vom Fokus auf vollstationäre Einrichtungen wegbewegt und eine stärkere Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung in anderen Wohnformen erfolgt. Das ist also eine Maßnahme, die den Prozess der Deinstitutionalisierung anerkennen möchte. Im Moment sind Leistungen so sehr auf vollstationäre Einrichtungen ausgerichtet, dass es für alternative Wohnformen schwierig ist, die nötigen Mittel zu beantragen und zu erhalten.

Allerdings blieb bisher die Frage offen, wie angesichts des Wohnungsmangels im Allgemeinen und des Mangels an barrierefreiem Wohnraum im Besonderen eine hinreichende Gewährleistung dafür geboten werden kann, dass alle Betroffenen tatsächlich einen ihren Bedürfnissen angemessenen Wohnraum erhalten können und überdies eine hinreichende Wahlmöglichkeit haben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sagte deutlich, dass davon ausgegangen werden muss, dass sich dieser Prozess der Umwandlung über mehrere Jahre hinzieht.

Ausgliederung aus dem Fürsorgesystem

Ein ganz zentraler Punkt des neuen Gesetzes: Es strebt an, die Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem des Sozialhilferechts herauszuführen. Kurz gesagt: Behinderung soll also nicht mehr automatisch Sozialhilfe bedeuten.

Man beabsichtigt dabei auch eine deutliche Absenkung der Kostenbeteiligung der Betroffenen. Das neue System soll keine detaillierte Darlegung der finanziellen Verhältnisse mehr erfordern, wie dies bisher der Fall ist. Vielmehr sollen die betroffenen Personen ohne großen Aufwand feststellen können, ob und in welchem Maße sie zu den erforderlichen Leistungen beizutragen haben. Je nach Höhe des Einkommens ist dann ein gestaffelter Beitrag aufzubringen.

Die Kritik der Selbsthilfe: Bei den angekündigten Maßnahmen handelt es sich noch nicht um die von den Verbänden geforderte gänzliche Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit der Leistungen. Das Ministerium spricht von einem ersten Schritt. In Richtung vollkommene Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit sei der politische Wille durchaus vorhanden, man müsse jedoch zunächst den "Erfolg" des ersten Schrittes prüfen. (Im Grunde ist momentan kein Geld dafür da.)

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beabsichtigt aber, die Vermögensfreigrenze der Betroffenen zu erhöhen, damit diese die Möglichkeit erhalten, ein gewisses Vermögen aufzubauen, beispielsweise für die eigene Alterssicherung. Auch werde sichergestellt, dass Personen, die Eingliederungshilfe und gleichzeitig Hilfe zur Pflege erhalten, von den genannten Verbesserungen wirklich profitieren und die Verbesserungen der Eingliederungshilfe nicht sogleich wieder von der Hilfe zur Pflege aufgezehrt werden.

Große bzw. Inklusive Lösung

Noch einmal komplexer wird das ganze Vorhaben, weil parallel zum Bundesteilhabegesetz auch eine Zusammenführung von Leistungsbereichen angestrebt wird. Momentan finden diese sich nämlich in unterschiedlichen Büchern der Sozialgesetzgebung. Das ist zum Beispiel auch für meinen Sohn relevant, weil Autismus teils im SGB VIII und teils im SGB XII verortet wird – der

Anspruch auf Leistungen ist aber hier wie dort nicht gleich, so dass man genau aufpassen muss, wo man verortet wird, um auch die Leistungen zu bekommen, die man braucht.

Die Selbsthilfe befürwortet eine gemeinsame Verortung, die als sogenannte Große bzw. Inklusive Lösung bezeichnet wird. Sie könnte zu einer wesentlichen Erleichterung der Teilhabe beitragen, aber natürlich muss man dabei auch wieder genau auf die Ausgestaltung aufpassen. Zu diesem Thema wurde eine Bund-Länder-AG gegründet und ein entsprechender Gesetzentwurf wird für das erste Quartal 2016 angestrebt. Dieser Prozess läuft parallel zum Bundesteilhabegesetz.

Ganz grundsätzlich ist es natürlich schwierig, die geplanten Maßnahmen und deren konkrete Auswirkung für die betroffenen Menschen mit Behinderung abschließend zu beurteilen, wenn sie lediglich in abstrakter Form beschrieben werden, konkrete Regelungen aber noch nicht bekannt sind.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales teilte mit, dass es wohl zu einer Verzögerung des Reformprozesses kommen werde. Die Veröffentlichung des Referentenentwurfs ist nicht mehr in diesem Jahr sondern voraussichtlich erst Anfang nächsten Jahres zu erwarten. Das Bundesteilhabegesetz soll aber noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

Vor dem Aus?

Allerdings muss ich sagen, dass sich meine persönlichen Hoffnungen auf einen großen Wurf deutlich getrübt haben. Die Umsetzung der Maßnahmen kostet geschätzt etwa 5 Milliarden Euro. Diese 5 Mrd. hatte die Bundesregierung den Kommunen zur Umsetzung – gebunden an genau dieses Gesetzesvorhaben – in Aussicht gestellt.

Doch im März kippte die Finanzierung: Der Bundesfinanzminister hat die Mittelbindung aufgehoben. Die 5 Mrd. Euro sollen nun breiter verteilt werden: nicht wie bisher geplant nur für die Eingliederungshilfe, sondern auch für andere Bereiche. Gerade im Hinblick auf die Flüchtlingskrise und die aktuelle Belastung der Kommunen sehe ich nicht, dass dieses Geld dann wirklich noch für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes genutzt werden wird.

Ich war im März, nur zwei Tage nach der Nachricht aus dem Finanzministerium, im Bundestag im Paul-Löbe-Haus zu Gast bei einem Inklusionskongress. Dort sagte selbst Karl-Josef Laumann, der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, recht deutlich, dass die Aufhebung der Mittelbindung das Gesetz erheblich schwächt, wenn nicht gar wirkungslos macht. Selbst in der eigenen Fraktion ist das Ausmaß der Entscheidung bekannt. Glücklicherweise habe ich gleichzeitig erfahren – wie es in der Politik so ist – dass diejenigen, die sich für dieses Gesetz stark machen, nun im Hintergrund schon an Alternativen arbeiten, um den Verlust der 5 Mrd. auszugleichen und doch noch etwas aus diesem Gesetz zu machen.

Also, es ist ein stetes Auf und Ab. Vielleicht ist es daher vorläufig auch wirklich noch berechtigt, vom unerfüllten Versprechen zu reden! Die Frage ist aber immer auch, worauf man sich konzentriert. Für meine persönliche Arbeit – und meine Motivation – ist es besser, mich neben den Rückschlägen auch immer wieder ganz bewusst an den Erfolgen zu orientieren:

- zum Beispiel der Einführung der Teilnahmekarte
- zum Beispiel, dass es immer mehr Angebote in Leichter Sprache gibt
- zum Beispiel, dass wir Patienten- und Behindertenrechtsvertreter immer mehr in die Gesetzgebungsverfahren einbezogen werden

– dies die drei Hauptpunkte, die ich heute hier angesprochen habe.

Abschließend möchte ich Ihnen noch gerne einen mir wichtigen Gedanken mit auf den Weg geben:

Mir geht es bei der Inklusion nicht um Gleichheit, mir geht es bei der Inklusion vor allem um Gerechtigkeit. Dazu möchte ich Ihnen ein Bild zeigen, das Sie vielleicht auch schon kennen.

Was sagt der Mann den Tieren? Dem Affen, dem Elefanten, dem Fisch, dem Vogel?
"Klettern Sie auf diesen Baum!"

Ich finde, dieser Cartoon zeigt sehr schön den Unterschied zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit.

Mit der Inklusion befinden wir uns eben nicht auf dem Weg zur Gleichheit.

Mit Gleichheit landen wir irgendwann beim unmöglichen "Klettern Sie auf diesen Baum!"

Mit der Inklusion befinden wir uns – wenn es gut geht – auf dem Weg zur Gerechtigkeit.

Eins ist auch klar: Damit bohren wir politisch wie gesamtgesellschaftlich ein ganz dickes Brett. Wir brauchen viel Geduld. Ich möchte mit einer Einstellung da rangehen zu sagen: Keiner meint es böse – dass es nur so langsam vorwärts geht.

Es ist unsere Aufgabe als Betroffene, unsere Bedürfnisse zu schildern, von unseren Freuden wie von unseren Sorgen zu erzählen, damit Menschen, die nicht betroffen sind, das überhaupt verstehen können. Vieles erklärt sich eben nicht von alleine. Vieles können Menschen, die zum Beispiel noch nie mit einer schweren geistigen Behinderung zu tun hatten, gar nicht verstehen. Ich kann nicht erwarten, einfach so verstanden zu werden. Die Betroffenen und ihre Familien müssen die Geduld und den guten Willen aufbringen, ihre Bedürfnisse zu erklären und sie müssen sich selbst auch für Verbesserungen engagieren.

Aber wenn die Betroffenen sich Mühe geben, sich zu erklären, dann brauchen sie natürlich auch Menschen, die ihnen zuhören. Die willens sind, sich auf das Thema einzulassen. So wie hier heute. Sie sind alle zum Zuhören gekommen und dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Clemens Knobloch

Podiumsdiskussion am 24.11 2015 in Warendorf

„Gut gemeint ist das Gegenteil von gut“

Thesen

Da ich nun einmal ausersehen bin, die Rolle des Bösewichts und Spielverderbers zu spielen, will ich das auch nach Kräften tun. Die Hauptthesen, die ich einbringen möchte, lauten:

[1] Die Forderung nach der Inklusion Behinderter ist eine moralisch einwandsimmune Forderung. Das heißt: Eine Gegenposition kann man öffentlich gar nicht beziehen, ohne sich selbst aus der Diskursebene der Guten auszuschließen. Man kann nicht für Exklusion votieren. Darum muss die Forderung nach Inklusion betrachtet werden vor dem Hintergrund der Tatsache, dass moralisches *Verhalten* per definitionem „teuer“ und aufwendig ist, *Moralkommunikation* aber so ziemlich das preiswerteste, was zu haben ist.

Wer sich gegen eine konkrete politische Maßnahme stellt, die hinter dem Fahnenwort „Inklusion“ marschiert, der hat einen hohen Preis zu zahlen. Er muss nämlich beweisen, dass die Maßnahme „in Wirklichkeit“ nicht der Inklusion dient, sondern den Interessen der Betroffenen schadet.

[2] Beurteilen sollte man in einem solchen politischen Zusammenhang, wo öffentliche Moralisierungen den Blick verstellen, nur das, was tatsächlich gewollt, gemacht, organisiert, bezahlt wird, die *Praxis* der Inklusion. Und die ist schnell beschrieben: Die speziellen Förderinstitutionen (ehemals Hilfs- und Sonderschulen) werden geschlossen, ebenso die ihnen zugeordneten universitären Studiengänge für (ehedem) Sonderschullehrer. Was als Angebot zur „Inklusion“ behinderter Kinder in die „normalen“ Schulen (an die Eltern!) beginnt, wird in kurzer Zeit zum Regelfall werden, weil die Sonderschulen erst als Stigmatisierungsmaschinen verteuert und dann geschlossen werden.

[3] Alle Bundesländer, bei denen ich recherchiert habe (besonders NRW) setzen bei der schulischen „Umsetzung“ von Inklusion auf Weiterbildung der vorhandenen Lehrer. Das heißt: Die Experten für Blinde, Autisten, Lernbehinderte, sozial Auffällige etc. werden verschwinden zugunsten des Allround-Lehrers, dessen breite Schultern legendär sind. Es ist ein wenig so, als wolle man die onkologische Facharztausbildung abschaffen, um Krebskranke nicht zu diskriminieren.

Man darf sich getrost fragen, warum eine Gesellschaft, die professionelle Experten für buchstäblich alles hat und bezahlt, auf fachliche Expertise bei Kindern mit Förderbedarf glaubt verzichten zu können. Von jemandem, der das auf einer Wochenendfortbildung gelernt hat, würden Sie sich nicht einmal Ihre Brille anpassen lassen, geschweige denn den Blinddarm herausnehmen. Für die Ausbildung förderbedürftiger Kinder reicht aber offenbar die Wochenendfortbildung!

[Die Lehrer können noch viel mehr. In den *Blättern* 10/2015 fordern die Herren Cohn-Bendit und Leggewie im Zusammenhang der Flüchtlingskrise, die Schulen müssten „neudeutsch“

gesprochen *community center* werden, die Deutschkurse auch für die erwachsenen Flüchtlinge anbieten und auf diese Weise das kommunale Leben um sich herum organisieren. Das wäre „die wichtigste Bildungsreform seit Jahrzehnten“. Natürlich, die Lehrer können auch DaF für 10 Ausgangssprachen!]

[4] Ohne einen radikalen Richtungswechsel in der gesamten Schul- und Bildungspolitik (hin zu einer intern hoch differenzierten und spezialisierten Einheitsschule) ist das Programm mit dem Namen Inklusion

-> Die Zerstörung einer teuren und professionalisierten öffentlichen Dienstleistung durch ein wohlklingendes Wort;

-> Mit politischen Folgen, die niemand wollen kann, der für ein hochwertiges öffentliches Schulwesen eintritt, denn die status- und bildungsparischen Mittelschichten (Bude 2008) werden das öffentliche System scharenweise verlassen, wenn zu den Nicht-Muttersprachlern in den Regelklassen noch zahlreiche Kinder mit speziellem Förderbedarf kommen;

-> Die professionelle Betreuung, die viele Kinder mit Förderbedarf brauchen, wird künftig ausfallen oder hinzugekauft werden müssen.

[5] Da ein solcher radikaler Programmwechsel in der Schulpolitik hin zu einer intern hoch differenzierten Einheitsschule nirgends in Sicht ist, vielmehr allenthalben neben den Gymnasien „billige“ Gesamtschulen gegründet werden, ist es absehbar, dass das Stigma der öffentlichen Sonderschulen und Hauptschulen rasch auf diese Schulen übergehen wird. Die Inklusion wird unweigerlich zu einer Schwächung des öffentlichen Schulsystems gegenüber den privaten Konkurrenten führen.

[6] In der augenblicklichen Übergangsphase, im Systemwechsel, entscheiden die Eltern darüber, ob sie ihre Kinder auf die Förderschulen oder auf die allgemeinen Schulen schicken wollen. Das heißt: Es hängt vom Ehrgeiz und von der Stigmatisierungsangst der Eltern ab, wo das Kind landet. Die Eltern haben die Wahl zwischen professioneller Förderung plus Stigma Sonderschule oder keiner professionellen Förderung plus (angeblich) stigmafrees allgemeines Schulwesen. Die Kinder sind es, die diesen politischen Konflikt austragen und seine Folgen über sich ergehen lassen müssen. Das halte ich für einen weit größeren moralischen Skandal als die Existenz von Förderschulen.

Ist es nicht ungeheuerlich, die Kinder im Schutzraum der Schule einen Konflikt auszutragen zu lassen, zu dessen Austragung die Erwachsenen offenbar nicht fähig sind (Hannah Arendt über die Schulintegration in den US-Südstaaten! Little Rock, Arkansas)?

[7] Am 7.9.2015 erzählt die *Süddeutsche Zeitung* die wunderbar anrührende und spektakuläre Geschichte eines *models* mit Downsyndrom. Es gibt einen neoliberalen Mythos, der besagt, dass in „unseren“ modernen und aufgeklärten Gesellschaften im Prinzip jeder alles werden kann. Die Inklusion ist geeignet, diesem Mythos Nahrung zu geben. Fürchtet eigentlich niemand, dass die vermeintliche „Einschließung“ der Förderbedürftigen und Benachteiligten mit den „Normalen“ die Schwächsten ihres Schutzes und ihres Rechts auf spezielle Förderung beraubt? Der (von den Inklusionspolitikern implementierte!) Test-, Kompetenz-, Messungs-,

Leistungs- und Verdachtungswahn der Schulen ist doch legendär. Und die Welt ist in Ordnung, wenn endlich *alle* diesem Wahn ausgesetzt sind?

Alle bescheinigen mit einigem Recht unserem Schulsystem, dass es soziale Ungleichheit reproduziert. Was sich heute Inklusion nennt, wird diese Strukturen eher verfestigen. Die Forderung nach Inklusion unterstreicht ja die Differenz, die sie überbrücken möchte.

[8] Für die in der Schule *Beschäftigten* werden die Folgen dieser Inklusion einer moralischen Geiselnahme gleichkommen. Wer professionelle Hilfe einfordert oder sich der Lage nicht gewachsen fühlt (oder gar besseren Lohn fordert), dem wird man vorwerfen, dass er die ihm anvertrauten Schwächsten im Stich gelassen habe. Lehrer waren schon immer bequeme Sündenböcke. Sie sollen umstandslos – und ohne Fachkenntnis – die pädagogische Verantwortung für alle Kinder übernehmen, habe ich jüngst in der Veröffentlichung einer Inklusionsexpertin gelesen, die nicht nur die komplette Abschaffung der Förderschulen fordert - sie werden sogar (als Institutionen der Exklusion) mit der NS-Zeit konnotiert - sondern auch die Abschaffung der auf Förderbedarf spezialisierten Lehrerausbildung.

[9] Forderungen wie die nach Inklusion docken an dem Bedürfnis der Allgemeinheit an, zur moralischen Gemeinschaft der Guten zu gehören, ohne dabei viel an ihrer Lebensweise ändern zu müssen. Und dieses Bedürfnis sollte man nicht unterschätzen.

[10] Das Fahnenwort „Inklusion“ ist ein vorzügliches Beispiel für den Übertritt von Reklame- und Werberhetoriken in die politische Kommunikation der Massendemokratie. Die Werbung reizt unsere Bedürfnisse nicht mit dem, was wir wirklich haben können, sondern mit dem, was wir haben *möchten*, obwohl wir es nicht haben *können*. Dazugehörigkeit, Partizipation, Anteil an der „Normalität“ dürfte das größte Bedürfnis derjenigen sein, die als Autisten, Blinde, Lernbehinderte, psychisch Kranke etc. an die Sonderschulen verbannt (und stigmatisiert) sind. Womöglich ist dieses Bedürfnis nach Teilhabe, Zugehörigkeit und Normalität noch größer bei den Eltern von Kindern, die sich auch selbst in die Zone des „Nicht-Normalen“ abgeschoben fühlen.

[11] Durch das demonstrative Bekenntnis zur Inklusion versuchen die öffentlichen Schulen ihr eigenes Image zu verbessern. Besser gesagt: Die *Länder* als Träger der öffentlichen Schulen versuchen das, indem sie die Schulen selektiv (Gesamtschulen sofort, Gymnasien vielleicht später) dazu verpflichten. Das *herrschende* Image der öffentlichen Schulen ist nämlich, dass sie soziale und herkunftsmäßige Ungleichheit bewahren und verstärken – und dieses Image haben sie mit einigem Recht! Die (statuspanische) Mittelschicht wird dieses Faktum öffentlich beklagen, sie muss sich ja zum Leistungsprinzip bekennen, aber im Grunde findet sie es nicht so schlimm, weil es ihnen bei der Statuserhaltung hilft. Strategisch kommuniziert das Bekenntnis zur Inklusion also: Wir bieten *allen* die Chance, einen allgemeinen Schulabschluss zu erreichen.

[12] Dass staatlich administrierte Moralierungen wie Inklusion nicht darauf abzielen, bestimmte faktische Ergebnisse zu erreichen (etwa: die Gleichstellung von Behinderten etc.), sondern darauf, das *Image* des Staates als eines Akteurs zu stärken, der im moralischen Gemeininteresse und im Sinne der Durchsetzung von Gerechtigkeit agiert, sollte jeder Soziologe und jeder Politologe wissen. Dafür muss man nicht sonderlich links sein. Dass

Inklusion kostenneutral zu sein hat, spricht da eine hinreichend deutliche Sprache. Moral ist aber teuer – während Moralkommunikation spottbillig ist.

[13] Die politische Implementierung von Inklusion an den öffentlichen Schulen folgt einer bewährten Stationendramaturgie neoliberaler „Reformen“. Die beginnt mit der Rückendeckung einer (möglichst internationalen) moralischen Instanz. Bei der Inklusion ist das die UN-Behindertenrechtskonvention. Bei der Verschulung und Unternehmerisierung der Universitäten war es die europäische Integration (Bolognaprozess). Es folgt das Schlechtreten der öffentlichen Bildungseinrichtungen durch die, die politisch für sie verantwortlich sind, und schließlich, nach der moralischen Demontage der „alten“ Einrichtung, die institutionelle Durchsetzung der neuen. Dabei werden die berechtigten emanzipatorischen Motive der Betroffenen (das Interesse der Behindertenverbände an echter Inklusion) zugleich verbal aufgegriffen und institutionell entschärft.

Impulsvortrag Andreas Henke

Seminar Bundeszentrale für politische Bildung

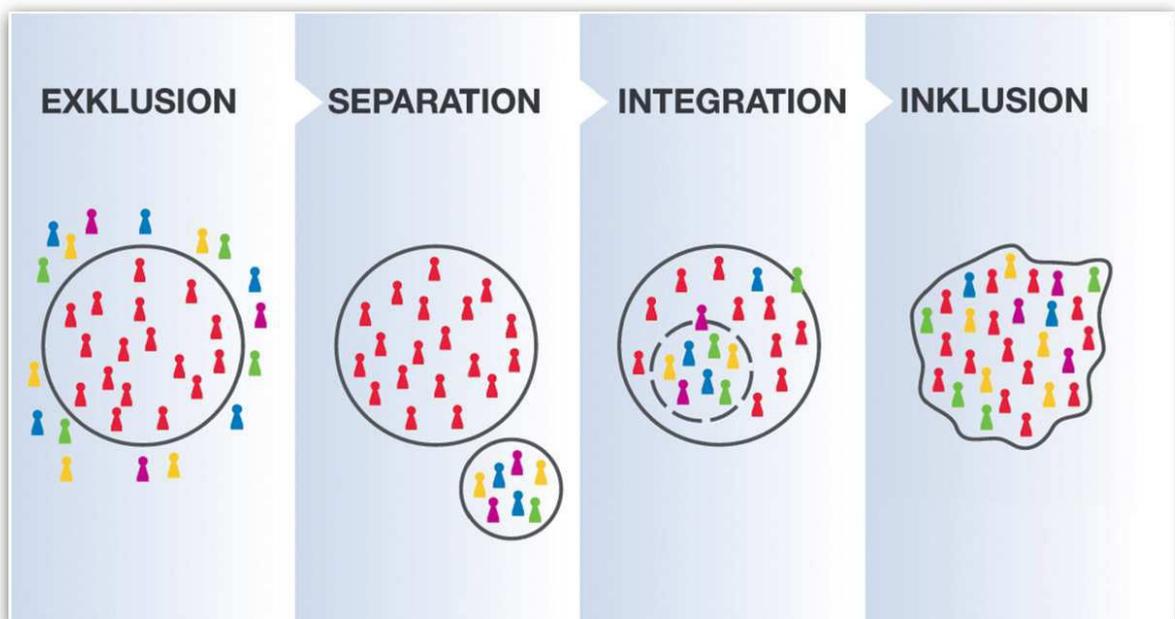
Inklusion: Ganz normal oder was? – Das Thema Behinderung in der Lokalberichterstattung

Freckenhorst, 25. November 2015 um 9.00 Uhr

Schwerpunkt: Inklusion von Menschen mit geistiger Behinderung

Leitfragen

Wie weit ist die Inklusion in Deutschland aus Ihrer Sicht gediehen? Was sind die größten Hürden in der Umsetzung?



Thesen

Zum Stand der Umsetzung: zwischen Separation und Integration

Hürde 1: die politischen Rahmenbedingungen stimmen nicht

Hürde 2: die gesellschaftliche Akzeptanz ist nur bedingt vorhanden

Hürde 3: viele Eltern und Angehörige von Menschen mit Behinderungen sind (noch) inklusionsskeptisch

Hürde 4: viele Führungskräfte und Mitarbeiter in den Behinderteneinrichtungen sind (noch) inklusionsskeptisch

Hürde 1: die politischen Rahmenbedingungen stimmen nicht

- Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes
- Fakten zur Umsetzung der schulischen Inklusion (BST für Schuljahr 2013/14)
 - 31,4 Prozent aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden inklusiv beschult
 - 7,9 Prozent der Kinder im Schwerpunkt gE werden inklusiv beschult
 - 1,6 Prozent in Baden-Württemberg; 6,4 Prozent in NRW; 89,1 Prozent in Bremen
- Rechtsanspruch auf inklusive Bildung (wie in NRW)
- (finanzielle) Verbesserung der Rahmenbedingungen für inklusives Bildungswesen – mehr Lehrer; bessere räumliche Ausstattung
- Anreize schaffen, dass mehr Menschen mit Behinderung eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben

Hürde 2: die gesellschaftliche Akzeptanz ist nur bedingt vorhanden

- Ergebnisse einer Allensbach-Umfrage im Auftrag der BV Lebenshilfe (2014)
- Immer noch große Berührungsängste in der Bevölkerung gegenüber Menschen mit geistiger Behinderung
- Wenig Zutrauen in die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Menschen mit Behinderungen
- 71 Prozent der Bevölkerung sind der Auffassung, dass Kinder mit einer geistigen Behinderung an Förderschulen lernen sollen
- Ergebnisse einer Elternumfrage der Bertelsmann Stiftung (2015)
 - Eltern differenzieren bei der Umsetzung der schulischen Inklusion nach sonderpädagogischem Förderbedarf:
 - Körperliche Beeinträchtigungen: 90 Prozent
 - Sprachschwierigkeiten: 67 Prozent
 - Lernschwierigkeiten: 63 Prozent
 - Sinnesbeeinträchtigungen: 43 Prozent
 - Verhaltensauffälligkeiten: 42 Prozent
 - Geistige Behinderung: 36 Prozent

Hürde 3: viele Eltern und Angehörige von Menschen mit Behinderungen sind (noch) inklusionsskeptisch

- Auch Eltern von Kindern mit einer geistigen Behinderung entscheiden sich mehrheitlich für den Besuch der Förderschule
- Eltern und Angehörige sehen ihr Kind mehrheitlich lieber in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung und in Integrationsunternehmen als auf dem ersten Arbeitsmarkt

- Gründe: Macht der Gewohnheit; Angst vor Vereinzelung und Isolation des behinderten Menschen

Hürde 4: viele Führungskräfte und Mitarbeiter in den Behinderteneinrichtungen sind (noch) inklusionsskeptisch

- Mitarbeiter sind von der Qualität ihrer Arbeit überzeugt
- Mitarbeiter haben auch Zukunftsängste: Wo bleibe ich mit meinem Arbeitsplatz in der Inklusion?

Was muss sich aus Ihrer Sicht schnellstmöglich ändern?

Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes – Koalitionsvertrag umsetzen

Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung stärken

Leistungen der Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem (Sozialhilfe) herauslösen → notwendige Unterstützung wird nur finanziert, wenn der Einzelne oder seine Angehörigen nicht über genügend finanzielle Mittel verfügen. Menschen mit Behinderung dürfen nicht über ihr eigenes Einkommen verfügen und Vermögen aufbauen (Freibetrag liegt bei 2.600 Euro)

Bundeseinheitliches Verfahren zur Bedarfsermittlung

Rechtsanspruch auf unabhängige Beratung

Leistungen der häuslichen Pflege sollen unabhängig von der Wohnform gezahlt werden

Forderung nach einem dauerhaften Lohnkostenzuschlag, um Werkstattbeschäftigte in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis zu bringen

Auch Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf sollen Anspruch auf einen Arbeitsplatz in einer WfbM haben; der Passus „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ soll gestrichen werden

Welche guten Ansätze gibt es – an Beispielen der Lebenshilfe aus den Orten der Teilnehmer?

Porträts inklusiver Schulen

(Verleihung des Jakob-Muth-Preises für inklusive Schulen seit 2009)

Rolle und Auftrag von Werkstätten für Menschen mit Behinderung thematisieren

Stand der Barrierefreiheit in Kommunen; leichte Sprache

Vereine vorstellen, die sich für Menschen mit Behinderungen öffnen

(Harsewinkel: Karneval inklusiv; Schützenfest für Menschen mit und ohne Behinderungen; Projekt „einfach Fußball“)

Bundesweite Umfragen und Studien auf die lokale Ebene beziehen

→ Elternumfrage der BST; jährliche Studie zur Umsetzung der Inklusion in den Bundesländern

Gesellschaftliche Debatten wie die Diskussion um die flächendeckende Einführung des Präna-Tests auf die lokale Ebene beziehen

→ Porträts von Familien, die sich bewusst für ein Kind mit geistiger Behinderung entscheiden



Redaktionskonferenz

Inklusion: Ganz normal, oder was? Das Thema Behinderung in der Lokalberichterstattung

vom 23. bis 25. November 2015 in Warendorf
in der LVHS Freckenhorst (Am Hagen 1, 48231 Warendorf)

Veranstalter: **Bundeszentrale für politische Bildung**
Fachbereich Multimedia
Lokaljournalistenprogramm
Tel +49 (0)228 99515-558
www.bpb.de/lokaljournalistenprogramm/
www.drehscheibe.org
Verantwortlich: **Berthold L. Flöper**

Montag, 23. November

bis 16:00 Uhr	Eintreffen der Teilnehmer
16:00 Uhr	Begrüßung, Vorstellungsrunde und Einführung Moderation: Christina Knorz
16:30 Uhr	Vom Wert des Menschen – Inklusion durchbuchstabieren Univ.-Prof. Dr. Dominik Groß , Leiter des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen; Vorsitzender des Klinischen Ethikkomitees am Uniklinikum der RWTH
18:00 Uhr	Abendessen

20:00 Uhr **Podiumsdiskussion "Ich lass mich nicht behindern" -
Wie die Öffentlichkeit mit behinderten Menschen
umgeht**

Julia Probst, Bloggerin und Inklusionsaktivistin,
München

Martin Tschepe, Redakteur, Stuttgarter Zeitung,
Waiblingen

N.N., Inklusionsbund Warendorf

Moderation: Christina Knorz, Lutz Bernhardt

Dienstag, 24. November

9:00 Uhr **Das unerfüllte Versprechen - auf dem Weg zur
Inklusion in Deutschland.**

Monika Scheele Knight, Mitglied im Bundesausschuss
für Inklusionsfragen

Moderation: Christina Knorz

10:15 Uhr **Das Gegenteil von gut ist gut gemeint - führt Inklusion
zu sozialer Gerechtigkeit?**

Univ.-Prof. Clemens Knobloch, Fachbereich Sprach-,
Literatur und Medienwissenschaften, Universität Siegen

Norbert Zeller, SPD, ehem. Stabsstellenleiter der
Gemeinschaftsschulen im Kultusministerium, Baden-
Württemberg

Moderation: Ralf Schäfer

11.00 Uhr Kaffeepause

11.15 Uhr **Sag das noch mal - wie Sprache behinderte Menschen
trifft**

Andi Weiland, Pressesprecher, Sozialhelden e.V., Berlin

Moderation: Lutz Bernhardt

12:00 Uhr Mittagessen

14:00 Uhr **Arbeitsgruppen**

18:00 Uhr Abendessen

Mittwoch, 25. November

9:00 Uhr	Auf der Suche nach den Good News - Input für den Themenalltag Andreas Henke , Bundesvorstand, Lebenshilfe Deutschland, Gütersloh Sascha Decker , Pressesprecher, Aktion Mensch e.V., Bonn Moderation: Christina Knorz
10:00 Uhr	Drehscheibe - Archiv zu Behinderung; Beispiele zum Thema Sascha Lübke , drehscheibe, raufeld medien, Berlin Moderation: Peter Taubald
10:45 Uhr	Präsentation der Gruppenergebnisse Moderation: Ralf Schäfer
Im Anschluss	Bilanz und Feedback Moderation: Peter Taubald
12:00 Uhr	Abschluss/Mittagessen

Arbeitsgruppen

AG 1: Barrieren vor der Haustür

Leitung: Peter Taubald, Madsack Heimatzeitungen, Hannover

AG 2: Barrieren in der Sprache

Leitung: Lutz Bernhardt, Grenz-Echo, Eupen, Belgien

AG 3: Barrieren in den Köpfen

Leitung: Ralf Schäfer, Schwäbische Zeitung, Friedrichshafen

Seminarleitung:

Christina Knorz, Nordbayerischer Kurier, Bayreuth

Tagungsdokumentation: Volker Dick, der textkomplize, Gummersbach

Tagungsorganisation:

Alexandra Richrath

FBE - Multimedia/Journalistenprogramm
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Tel.: 0228 99515-547
Fax: 0228 99515-498
E-Mail: alexandra.richrath@bpb.bund.de

Tagungsstätte

Landvolkshochschule Freckenhorst

Am Hagen 1
48231 Warendorf
Tel +49 (0)2581 94 58-0
Fax +49 (0)2581 94 58-238
lvhs-freckenhorst@bistum-muenster.de

Vor Ort:

Gabriele Bommel

FBE - Multimedia/Journalistenprogramm
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Tel.: 0228 99515-552
Fax: 0228 99515-405
E-Mail: bommel@bpb.de

Stand: 15.10.2015

Seite | 4



Stand: 16.11.2015

Inklusion: Ganz normal, oder was"

Vom 23.11.2015 bis 25.11.2015

Teilnehmendenliste

Lfd.-Nr.	Name	Institution	Ort
1.	Billowie, Gudrun	Volksstimme Redaktion Wolmirstedt	Wolmirstedt
2.	Busch, Fabian	Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH	Mannheim
3.	Eigendorf, Katrin	Westfalen-Blatt	Bielefeld
4.	Gasper, Margot	Aachener Nachrichten	Aachen
5.	Khachatryan, Tigran	Tageszeitungs des Instituts für Sozialforschung	Eriwan
6.	Koska, Andreas	Märkische Allgemeine	Belzig
7.	Lukaßen M.A., Daniela	freie Journalistin für Soziales, Gesundheit und Arbeitswelt	Köln
8.	Mayer, Anja	Main-Echo	Aschaffenburg
9.	Menke, Jürgen	Westfälischer Anzeiger	Hamm
10.	Messy, Martin	Lüdenscheldter Nachrichten	Lüdenscheid
11.	Nattermann, Martina	NRZ - Ausgabe Oberhausen Lokalredaktion	Oberhausen
12.	Nickel, Heike	Kölner Stadt-Anzeiger	Euskirchen
13.	Nietemeier, Martin	Tageszeitung Die Glocke	Gütersloh
14.	Nowack, Ines	Freie Journalistin/Inklusion	Köln
15.	Reim, Ellen	Kreiszeitung Wesermarsch	Nordenham
16.	Riechwald, Stephanie	Anpiff ins Leben e.V.	Sinsheim
17.	Roßner, Michaela	Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH	Mannheim
18.	Röhrich, Rebecca	Offenbach-Post	Offenbach
19.	Sattler, Fariba	Sindelfinger Zeitung	Sindelfingen
20.	Ströhl, Christian	Neue Osnabrücker Zeitung	Osnabrück
21.	Vogel, Kathrin	Stadtteilzeitung Schöneberg c/o Nachbarschaftsheim Schöneberg	Berlin
22.	von Droste, Liane	Medienservice Liane von Droste	Glienicke
23.	Wilkes, Rainer	Radio Lippe Welle Hamm	Hamm
24.	Wojczenko, Katharina	Nordbayerischer Kurier	Bayreuth
25.	Wulfes, Andres	Böhme-Zeitung	Soltau

LOCAL IS SOCIAL ZEITUNG 4.0 – IN DER DREHSCHIBE



10:14 86%

AKTUELL

Die Red. www.drehscheibe.org
Schon gelesen? Die drehscheibe hat eine Inklusionsausgabe herausgebracht!

Local2015 @home.de
Muss ich haben!

DIE PLATTFORM

Die Redaktion
Die drehscheibe ist das Forum für guten Lokaljournalismus. 😊

Projektteam
Das Magazin stellt die besten Ideen aus Lokalteilen vor, erläutert Konzepte und nennt die Kontakte. 😊

Die Redaktion
Besuchen Sie uns auf Facebook. Folgen Sie uns auf Twitter. Schauen Sie drehscheibe auf Youtube.

86%

ABONNIEREN

drehscheibe
aus Lokalredaktionen für Lokalredaktionen

Wir sind nur im Abo erhältlich.

Jetzt kostenloses Probeabo bestellen! www.drehscheibe.org/drehscheibe.html

Laden Sie sich unter www.drehscheibe.org kostenlos den Reader des 23. Forums Lokaljournalismus herunter und bestellen Sie die Themenausgabe „Inklusion“.